

rote hilfe

Hamburg
Frankfurt
Berlin
München 19

HUNGERSTREIK



Am 17. Januar begannen einige Genossen der RAF einen Hungerstreik, dem sich schließlich insgesamt 27 Gefangene anschlossen. In der Presseerklärung vom 22. Januar ihrer Anwälte hieß es:

"Die von uns anwaltlich vertretenen politischen Gefangenen Bernhard Braun, Rolf Pohle, Irmgard Möller, Klaus Jünschke, Manfred Grashof, Wolfgang Grundmann, Holger Meins, Gerhard Müller, Ulrike Meinhof, Jan-Carl Raspe, Astrid Proll, Andreas Baader, Marianne Herzog, Margrit Schiller, Brigitte Mohnhaupt, Werner Hoppe, Gudrun Ensslin, Carmen Roll, Helmut Pohl, Siegfried Hausner, Peter Paul Zahl, Monika Berberich, Brigitte Asdonk, Irene Goergens, Ingrid Schubert, Brigitte Mohnhaupt, Horst Mahler, haben uns mitgeteilt, daß sie sich in einem unbefristeten Hungerstreik befinden. Sie fordern die sofortige Aufhe-

bung der Isolation der pol-Gefangenen in Westdeutschland und Westberlin, d.h., insbesondere die Möglichkeit der Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen in den Haftanstalten. Seit vielen Monaten - bis zu 20 Monaten - werden 27 pol. Gefangene in Einzelhaft mit zusätzlicher strengster Isolierung gehalten. Anders als beim "normalen" Einzelhaftvollzug haben sie keinerlei Kontakt zu Mitgefangenen. Darüberhinaus sind folgende pol. Gefangene noch besonderen Beschränkungen unterworfen. Sie dürfen nur von nächsten Verwandten und ihren Verteidigern Besuch empfangen und auch nur mit diesen korrespondieren. Jeder Kontakt mit anderen Personen, wie Freunden, Bekannten und auch beruflicher Art, ist streng verboten: Irmgard Möller, Klaus Jünschke, Wolfgang Grundmann, Manfred Grashof, Holger Meins, Gerhard Müller, Ulrike Meinhof, Jan-Carl Raspe, Andreas Baader, Brigitte Mohn-

haupt, Gudrun Ensslin. Darüberhinaus erhalten die inhaftierten Manfred Grashof, Wolfgang Grundmann und Klaus Jünschke, Zeitungen und Zeitschriften nur zensiert, d.h. alle Artikel, die sich mit den laufenden RAF-Prozessen oder ähnlichem befassen, werden vor der Aushändigung an die Gefangenen herausgeschnitten; die besonderen Beschränkungen sind bereits Gegenstand von Beschwerden an das Bundesverfassungsgericht wegen Verletzung der Grundrechte der Inhaftierten aus Art. 1,2,5, 3 GG."

Es folgte ein dreitägiger Solidaritätsstreik der Anwälte in Karlsruhe, an dem sich auch einige Genossen aus Hamburg und Karlsruhe beteiligten. In Berlin waren einige der Meinung, daß wir eigentlich etwas Besseres auf die Beine stellen müßten als einen Solidaritäts-Hungerstreik, es blieb aber wie so oft beim Wollen, da die

meisten gerade auf das zu diesem Zeitpunkt anstehende teach-in zum Urteil im Mahler Prozess hinarbeiteten, andere gerade dabei waren die gesamte Knastarbeit umzuorganisieren und die Kontakte zu den anderen Gefangenen mehr als bisher in den Mittelpunkt unserer Arbeit zu stellen.

Im übrigen hatten etwa 15 Frauen in der Lehrterstr. gerade einen dreitägigen Hungerstreik gemacht, und es war nicht ganz sicher, ob der neue Hungerstreik überhaupt von allen mitgemacht werden würde. Nachdem dann von der Bundesanwaltschaft inoffiziell einige Zugeständnisse gemacht worden waren, wurde der Hungerstreik schließlich abgebrochen. Zugestanden wurde - nach einem Beschluß des Bundesgerichtshofes vom 5. März, daß Ulrike Meinhof, Holger Meins, Irmgard Möller, Gerhard Müller und Jan-Carl Raspe "für die Dauer von tägl. einer Stunde mit je einem vom Leiter der Justizvollzugsanstalt auszuwählenden Untersuchungsgefangenen, der nicht zu den Mitbeschuldigten gehört und nicht gleicher Straftaten wie die Beschuldigten verdächtig ist, zusammengeführt werden" dürfen.

Dieses Zugeständnis ist allerdings von allen fünf abgelehnt worden, da die "von der Vollzugsanstalt auszuwählenden Untersuchungsgefangenen" dann den gleichen Beschränkungen unterworfen worden wären - strenge Isolierung von den anderen, Post- und Besuchsbeschränkungen, usw. - wie sie selbst. Daß ein Hungerstreik den Anstaltsleitungen nicht gerade angenehm ist beweisen zahlreiche Repressionen während des Straiks, der vor allem solche Gefangene traf, die nicht derart im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehen wie die RAF-Genossen. Was alles in deutschen Haftanstalten möglich ist, zeigt ein Beispiel: Lutz B u h r , der sich mit folgender Erklärung dem Hungerstreik angeschlossen hatte:

"Sie, die Büttel, reden von Resozialisierung, die man sich durch 'gute Führung' verdienen muß - wer nicht dient, braucht nicht resozialisiert zu werden. Wer den Justizbütteln nicht die Schuhe putzt, keinen Diener vor ihnen und dem ehem. Zuchthausdirektor macht, wer es wagt eine eigene Meinung zu haben und diese auch durchzusetzen, hat kein Recht auf Resozialisierung, der kommt nicht in die Übergangsabteilung, wie der Genosse Gerd L a u x , der dies in klassischer Manier zu spüren bekommt. Resozialisierung ist gleich Demoralisierung und Unterwerfung. Unterwerfung ist Gewalt. Aber,

SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE!

Mit dem Genossen Gerd Laux, mit dem Genossen Alex Feher, der abgemagert auf dem Hohenasperg liegt, mit dem Genossen Ulrich Luther, der auszehrend gefoltert wurde,

protestiere ich gegen die brutale Willkür der Justizbüttel und trete erneut in einen sofortigen, unbefristeten

HUNGERSTREIK!

geschah folgendes:
"Am 6.3.73 um 14.15 Uhr wurde unser Mandant, der nach Verbüßung einer Reststrafe von 59 Tagen als Untersuchungsgefangener in die Vollzugsanstalt Karlsruhe verlegt wurde, von einem Vollzugsbeamten aufgefordert, seine Sachen zusammenzupacken; nach 10 Minuten betraten 4 Vollzugsbeamte die Zelle, während zwei weitere vor der Zelle warteten. Ein Beamter erklärte Herrn Buhr: 'Sie werden jetzt nach dem Hohenasperg verlegt'. Herr Buhr forderte die Beamten auf, ihm den richterlichen Beschluß zu zeigen, der eine solche Verlegung anordne. Auf die Androhung von Zwangsmaßnahmen erklärte unser Mandant, er gehe nicht mit, solange ihm nicht ein entsprechender Gerichtsbeschluß vorgelegt werde; er lasse sich nicht in ein Irrenhaus verschleppen. Nunmehr stürzte sich ein Beamter auf Herrn Buhr, während die anderen Beamten Decken von seinem Bett zogen, ihm über den Kopf warfen, sich gemeinsam auf ihn stürzten und ihn an Händen und Füßen fesselten. So lange unser Mandant die Decken über seinem Kopf hatte, prügeln die Beamten wahllos auf ihn ein. Als unser Mandant gefesselt am Boden lag, wurden ihm die Handschellen und Fußschellen so angezogen, daß noch bei meinem Besuch am 21.3.73 deutlich entsprechende Narben sichtbar waren. Als Herr Buhr von den Beamten abtransportiert wurde, drückten sie ihm Mund und Hals zu, um seine Schreie zu unterdrücken. Ehe Herr Buhr in den Transportwagen verladen wurde, schlug ihm ein Beamter noch mit der Faust ins Gesicht. Ein anderer trat ihm zwischen und auf die Fußschellen, als er am Boden lag. Als unser Mandant in der Vollzugsanstalt Ludwigsburg aus dem Transportwagen ausgeladen wurde, legten ihn die Beamten in den Hof und schrien zu den Transportaufnehmenden Beamten: 'Hier habt ihr ih, das Kommunistenschwein, das dreckige!' Die Beamten hatten zuvor bei den Effekten unseres Mandanten ausgewählte Schriften von Mao-Tse-Tung und die im Wagenbach-Verlag erschienene Schrift 'Neuer Faschismus' entdeckt." (Aus einer Beschwerde seines Rechtsanwalts). Außerdem wurde bei ihm eine "tägliche gründliche Zellen-

kontrolle" verfügt, "gründliche körperliche Durchsuchung und Fesselung" bei allen Vor- und Ausführungen (auch während der Freistunde, bei Vorführung zum Rapport zum Arzt usw.), daß der Gefangene "ständig und unmittelbar" durch zwei Bedienstete zu beaufsichtigen ist, daß er nach jedem Besuch durch Rechtsanwältin und Verteidiger gründlich zu durchsuchen ist und ähnliches mehr.

Ein weiteres Beispiel ist Edgar Wolz:

Edgar Wolz erfährt aus dem Spiegel vom gemeinsamen Streik der Gefangenen gegen die totale Isolation und schließt sich sofort dem Streik an. 6 Tage läßt die Bernauer Knastleitung ihn 'links' liegen, ignoriert seine schriftliche Streik-Erklärung. Am 4. Tag schleppen ihn die Bullen in die Krankenabteilung. (Wer Widerstand leistet gegen die Unterdrückung im Knast ist krank) 1. Gang: der Knastarzt droht mit Zwangsernährung.

2. Gang: der Knastarzt droht mit gewaltsamer Überführung in die psychiatrische Abteilung des Zuchthauses Straubing. (Widerstand = Tat eines Irren) Am 6. Streiktag wird Edgar Wolz per Sondertransport nach Straubing (200 km entfernt) verfrachtet. Stillschweigend wird das gesamte Eigengeld gestrichen zur Finanzierung des Sondertransports. Damit wird die Möglichkeit allein Briefmarken u. Briefpapier zu kaufen ausgeschlossen und damit jede Benachrichtigung von Freunden, Anwalt etc. verhindert. Nach letzten Informationen wurde auch der anstehende Urlaub, 8 Wochen vor Entlassung aus mehrjähriger Haft gestrichen, aus dem Hungerstreik bastelten die Knastbosse einen Urlaubsverweigerungsgrund.

Edgar schreibt: "Psychiatrische Abteilungen sind die Endstufe, die du in der Knastlerkarriere erreichen kannst. Hemd, Hose, Socken, Kamm, Zahnbürste, Kugelschreiber - raus. In der Zelle: Bett, Tisch, Stuhl - aus. Kein Waschbecken, kein Spiegel - nichts - Macht nichts. So soll's ja seinVenceremos!"

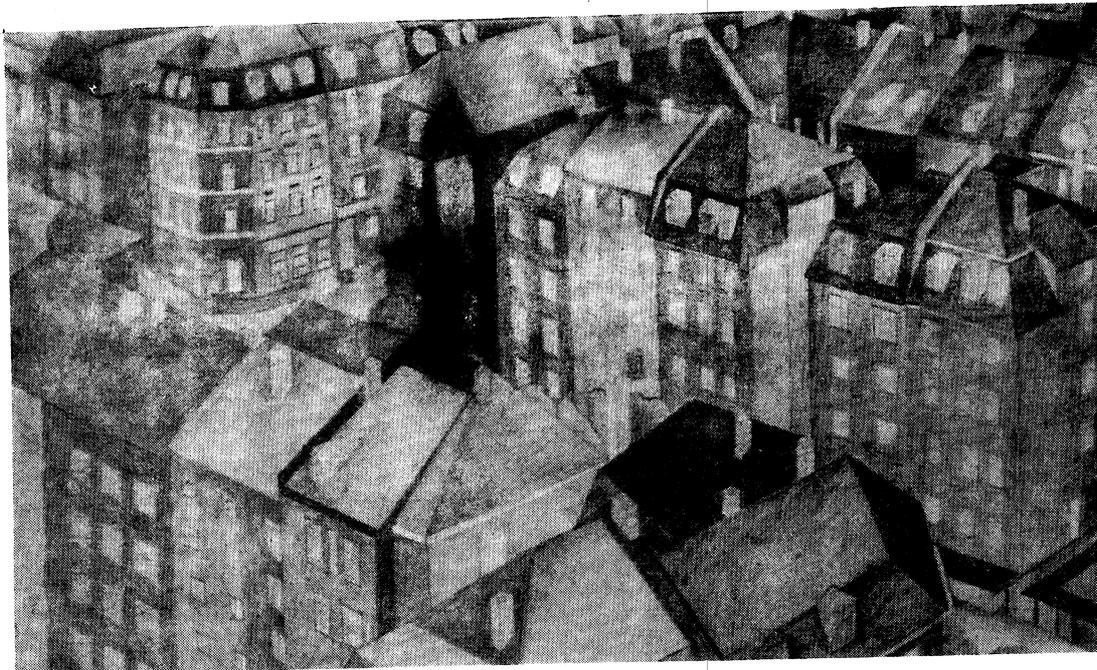
Doch trotz aller unmenschlichen Repressionen, denen die Gefangenen ausgesetzt werden, wenn sie rebellieren, wächst der Widerstand. Immer mehr Gefangene erkennen, daß gemeinsames Handeln stark macht und nicht schwach und daß nur solidarisches Handeln die Vereinzelung aufhebt.

"Es ist besser auf der Seite der Antifaschisten kaputtzugehen, als auf der Seite der Faschisten zu leben!"

Exemplarisch für viele Gefangene sind die Forderungen von Ulrich Luther:

- Schluß mit den unmenschlichen Haftbedingungen
- Schluß mit den verbrecherischen Isolierungen, Schikanen und den Mißhandlungen von Gefangenen in der BRD und Westberlin
- Schluß mit den Bezugsverboten für fortschrittliche politische Zeitungen, Zeitschriften und Bücher.

Freiheit für alle!
Solidarität ist unsere Waffe.



Es geht darum, jedem Kind, jeder Frau, jedem Mann zu zeigen, wie's funktioniert; daß das Band Menschen frißt und Profit ausspuckt und daß Knast Disziplinierungsmittel ist gegen Proleten und Lumpen, vorletzte Maßnahme gegen jede Art von Widerstand, egal wie bewußt oder unbewußt, egal wie organisiert oder unorganisiert.

Es geht darum, daß jeder begreift, danach handelt: Jede Revolte, jedes sich materialisierende Interesse des Volkes kollidiert mit dem Gesetz, ob im Stadtteil, in der Fabrik, in der Schule, in der Universität - immer stehen die Bullen da und jeder sieht: Die Macht der Unternehmer und die Gewalt der Bullen und die Gesetze des Staates bilden eine Einheit und richten sich gegen die Macht der Massen, ihr Leben und ihre Arbeit selbst zu organisieren, daß der Profit krepitiert und die Menschen in fünf Kontinenten leben können.

Es geht darum, die Schweine mit dem für sie unlöslichen Widerspruch zu konfrontieren zwischen dem, was sie sagen: Menschenschutz, Menschenrecht - und dem, was sie machen: Menschenvernichtung.

Es geht darum, diesen Widerspruch nicht den Lügen der bürgerlichen Presse zu überlassen, sondern durch die Mobilisierung aller Sozialisten klarzumachen, daß Menschenrecht und Kapitalismus sich ausschließen, daß der Kampf in jedem Fall auf Leben und Tod geführt wird - wir oder sie, von ihnen für sie oder von uns für uns.

Unser erster Hungerstreik im Januar zwang BGH-Superschwein Martin vor's Mikrofon, durch das er am 22. 2. 73 bekanntgab, wie sie den Widerspruch nicht lösen, sondern töten können: "Die Haftbedingungen werden der jeweiligen körperlichen und psychischen Verfassung der Gefangenen angepaßt." Stimmt, kann man nur sagen. Weil der politische Gefangene nicht zu entpolitisieren ist, muß er als Gegner vernichtet werden, solange, so total isoliert, bis Zwangsjacke und Sarg passen. Politischer Gefangener

ist aber jeder im Knast, der seine Geschichte politisch begreift und entschlossen ist, danach zu handeln, und danach behandelt wird. Martin weiß das, "nicht Menschenrecht, sondern Menschenvernichtung", die Sprechblase aus dem höchsten Gericht einer kriminellen Gesellschaft klärt auf.

Es ist klar Genossen, der Kampf um die Politisierung der Gefängnisse kann nicht ohne euer Interesse, ohne eure Solidarität geführt werden. Er kann nur geführt werden, wenn das geschlossene System, in dem der Feind alle Mittel hat, Gewalt, Privilegien, Isolation, Psychiatrie, Verlegung usw., durchbrochen wird, wenn ihr der Gewalt der Schweine die Gewalt der Straße entgegenstellt und so den Kampf der Gefangenen unterstützt, bevor ihr selbst gefangen seid.

Der erste Hungerstreik hat damit geendet, daß liberale Presse und liberale Schriftsteller gegen die politische Behandlung von Kriminellen Bedenken äußerten und jüngere Bundesanwälte unseren Anwälten beteuerten, die Isolation würde aufgehoben. Nach zwei Monaten besteht sie noch. Deshalb haben wir am 8. Mai noch einmal einen Hungerstreik begonnen, den wir erst dann beenden werden, wenn unsere Forderung erfüllt ist:

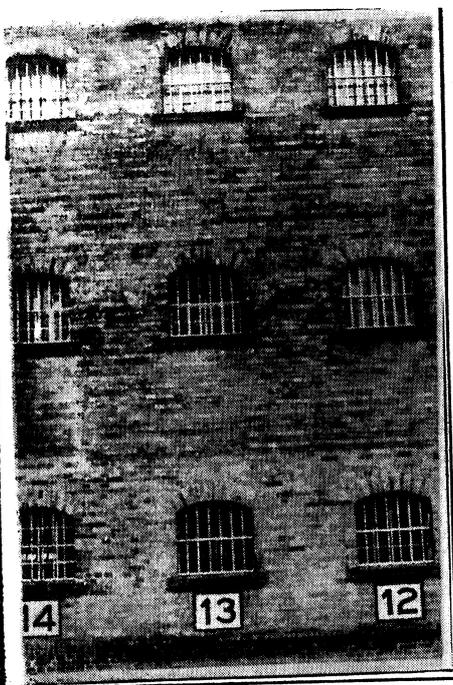
**GLEICHSTELLUNG DER POLITISCHEN
GEFANGENEN MIT ALLEN GEFANGENEN
UND FREIE POLITISCHE INFORMATION
FÜR ALLE GEFANGENEN**

Ihr versteht: Kommunikation und Information im Knast sind die Voraussetzung zur Politisierung der Gefängnisse, zum Kampf um Rechte wie Selbstverwaltung, tarifgerechte Bezahlung, Schutz der Familie usw., die die Gefangenen nur selbst erkämpfen können und nur im solidarischen und die Zusammenhänge herstellenden Kampf aller Sozialisten gegen das kriminelle, imperielle System erkämpfen werden.

Alle Macht dem Volk!

Alle Kräfte des Volkes vereinen
gegen das System aus Profit und
Macht!

Rote Armee Fraktion



Am Sonntag, dem 29. April, schlug Inge V. in der Lehrter Str. - Frauenknast - ihre Zelle kurz und klein und steckte sie an. Die Anstaltsleitung hatte angeordnet, daß sie mit einem Mädchen Freistunde machen soll, die mit ihren Aussagen zahlreiche Genossen in Bau gebracht hat. Verena B. schreibt, was danach geschah:

...Während der Freistunde flogen auch weiter alle möglichen Sachen aus Inges und Gittis Zelle raus. Zum Schluß kam auch Rauch aus Inges Zelle, und dann hat Gitti geschrien, daß Inge verschleppt wurde. Also Bunker!

Als ich wieder hoch kam, habe ich mich erst gar nicht mehr in die Zelle sperren lassen, sondern bin zu Inges Tür gegangen. Die Schlüssel-Votzen wollten mich zwar davon abhalten, aber es waren ja nur drei. Na, ja Inges Zelle sah aus wie ein Schrotthaufen, alles war im Arsch und sie war nicht mehr in der Zelle. Ich binn dann noch bei Katy vorbeigegangen und wir haben abgemacht, wenn wir Inge bis zum Mittagessen nich zu sehen bekommen, dann machen wir Bambule.

Dann bin ich wieder in meine Zelle gegangen und habe alles für eine kleine Schlacht vorbereitet. Das heißt: einen Eimer voll Wasser gefüllt, ein Stuhlbein vom Hocker abmontiert, alle Batterien wufbereit hingestellt (ich hatte etwa 50 Stück) usw. Als sie dann wenig später unsere Forderung, Inge zu sehen und zu sprechen, abgelehnt haben, gings los. Ich habe erstmal geklingelt und wie eine Irre mit dem Stuhlbein gegen die Tür geschlagen. Das Scheißding ist leider nicht kaputt gegangen. Nun ja, kurze Zeit später standen auch schon vier Bullen und vier Tanten vor der Tür. Erst haben die sich gar nicht reingetraut. Ich habe aber geschrien: Kommt doch rein ihr Schweine. Da ging auch schon die Tür auf. Bevor sie sich auf

mich stürzen konnten, habe ich denen erstmal einen Eimer Wasser in die Fresse gekippt und den Eimer gleich hinterher geworfen. Das war allerdings leider mein einziger Volltreffer. Bevor ich wieder mein Stuhlbein packen konnte und wenigstens einem eine über'n Kopf zu schlagen, haben die vier Pigs mich schon geschnappt und erstmal den Kopf mit voller Wucht gegen die Wand geschleudert. Dann haben mich drei festgehalten und der vierte Bulle hat wie ein wahnsinniger mit einem nassen, zusammengeknöteten Handtuch auf mich eingeschlagen. Diese Methode hinterläßt keine Spuren. Ich dachte ja erst, die wollen überhaupt nicht mehr aufhören. Meinen Kopf habe ich versucht so gut es ging zu decken, aber da hat das Schwein meinen Kopf an den Haaren hochgezogen und noch einmal kräftig mit dem Handtuch reingeschlagen. In der Zwischenzeit haben die anderen Pigs mir schon Knebelketten angelegt, sodaß ich dachte, die würden mir die Handgelenke brechen. Nach diesem netten Spielchen haben sie mich aufs Bett geknallt. (Der Oberkörper war auf dem Bett und die Füße auf dem Boden). Dann haben sich alle vier auf mich raufgeworfen, daß ich halb erstickt wäre. Die Tanten haben in der Zeit dann die ganze Zelle ausgeräumt und eine Schwester hat mir eine Spritze in den Arsch gehauen.



Ich habe denen ja noch gesagt, vier auf einen ist feige, aber die Schweine haben nur saublöde gelacht und gesagt, daß sie keine Angst vor uns haben, wenn wir keine Knarre in der Hand haben.

Na, ja, dann sind sie wieder abgehauen und ich bin ziemlich schnell eingeschlafen und erst wieder abends um 20 Uhr aufgewacht.

Heute Sonntag, hatten wir dann erst mal keine Freistunde und zum essen austellen sind sie immer gleich zu sechst erschienen.

Um die anderen Gefangenen gegen uns aufzuhetzen, haben alle Fernsehsperrung bekommen.

Dazu eine Nachricht auf dem "Spandauer Volksblatt" vom 5.5.73

In der Nacht zu gestern warfen unbekannt Täter 18 Fensterscheiben der im Erdgeschoß liegenden Räume der Frauenstrafanstalt in der Lehrterstr 61 in Tiergarten ein. Als Tatwerkzeug stellte die Polizei 14 Mosaiksteine fest.

WIR ERHEBEN GEGEN DIE STRAFJUSTIZ DER BRD DEN VORWURF DER FOLTER

Es gibt Gefangene in der BRD und in Westberlin, die einer Sonderbehandlung unterworfen sind. Das sind Gefangene, die wegen politischer "Straftaten" in den Gefängnissen sitzen und es sind Gefangene, die ursprünglich nicht aus politischen Gründen gefangen genommen wurden, aber gelernt haben, die Gefangenschaft als Unterdrückungsmittel politisch zu begreifen. Die Schikanen gegen diese Gefangene lassen sich schon lange nicht mehr mit dem im Gesetz festgelegten Zwecken der Untersuchungs- und Strafhaf entschuldigen.

Ständiger Protest gegen diese Sondermaßnahmen - wochenlanger Hungerstreik der Gefangenen und öffentliche Aktionen - hat groß Teile der Öffentlichkeit auf folgende Verletzungen der Grund- und Menschenrechte hingewiesen:

- totale Absonderung innerhalb der Gefängnisse über Monate und Jahre.
 - Verbot der Teilnahme an allen Gemeinschaftsveranstaltungen.
 - Einzelzellen (z.T. ging man soweit, einen ganzen Gefängnisflügel für eine Gefangene zu räumen)
 - Freistunde nur klein.
 - Psychiatrische Zwangsbehandlung als Druckmittel
- Daneben wird die totale Isolierung perfekt gemacht durch:
- Postverbot (ausgenommen Verwandte)
 - Besuchsverbot (ausgenommen Verwandte)
 - politische Zensur von Zeitungen und Bücherbezug.

Die Absonderung eines Menschen über Jahre von jedem menschlichen Kontakt ist Folter.

Vom 8. Mai an sind alle von diesen Terrormaßnahmen betroffenen Gefangenen in einen Hungerstreik getreten, um die Gleichbehandlung aller Gefangenen zu fordern, um die Aufhebung der Isolationsfolter zu erreichen.

Wir fordern alle auf, sich mit diesen Forderungen zu solidarisieren und bei den zuständigen Stellen Protest zu erheben.

Rote Hilfe Westberlin

Beschwerde

Brief von Lutz Buhr an die Staatsanwaltschaft b. LG in Karlsruhe

Ich erlaube mir in beispieleloser Unnachgiebigkeit, mein unverschämtes Anliegen, das sie, oh Verehrtester, mit scharfen verstand für beleidigend, herausfordernd und unsachlich auffassen müssen, in angemessener Form zu wiederholen.

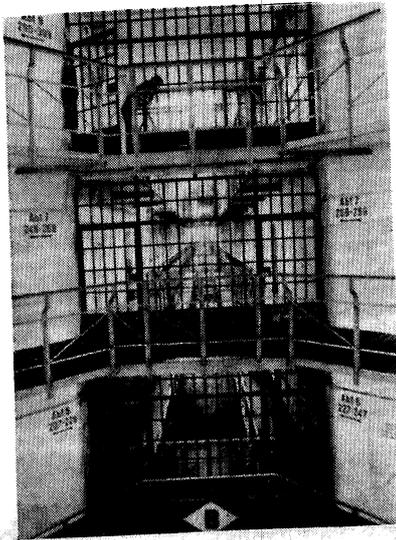
Ich erflehe untertänigst ihr Verständnis gegenüber meiner Kühnheit, Ihnen die Flüsse nicht vor lauter Dankbarkeit geküsst zu haben, daß Sie, als Mitglied eines rechtsprechenden Organes, Isolation, Einschränkung, Frustration und Demoralisation an mir vollziehen (man spreche: Haft) und außerdem Ihr hochverehrtes Riechorgan in meine Korrespondenz stecken bzw. einführen oder beehren müssen. Ich nichtsnutziges Bündel kann für mich keine Einsicht beanspruchen, die es mir erlauben würde, Ihre segensreichen Maßnahmen mit gebührender Demut in mein zu Unrecht verbittertes Herz aufzunehmen.

Ein mit Schwächen und unverständlicher Menschlichkeit versehener, unwissender Tropf bin ich, der zuweilen in der Ausdrucksform gegenüber den glorreichen Maßnahmen der alleinseeligmachenden Justiz im Dunkeln tappt. So z.B. sage ich zu Personen, die meinen tiefsten Ekel erregen, Subjekten, die mir Unrecht, Schmerz, Gewalt und Haß angedeihen lassen nicht etwa: "du Schwein, du schwuler Hund, du dreckiger Ausbeuter, du perverse Drecksau" - nein, ich sage, weil mir ein schwächeres, treffenderes Schimpfwort, wie aufgeht, nicht einfällt: "du Justizbeamter". Allein an diesem Beispiel sehen Sie, wie weit meine unverzeihliche Unkenntnis reicht. Daher bitte ich Sie auch völlig verzweifelt um Verzeihung, daß ich Sie zur Anmaßung eines Richteramtes genötigt habe und Sie in dieser Funktion einem Richterspruch vorwegnehmend, auf Beleidigung und "Ungebührlichkeit" plädieren mussten.

Zerknirscht und Reuevoll erwarte ich ein diesbezügliches Beleidigungsverfahren und bitte nochmals unterwürdig, mein diesmal angemessenes Vorbringen zu bearbeiten - sinngemäß meinem ersten Schreiben. Ebenfalls bitte ich um Vergebung, daß ich rotes Durchschlagpapier verwende, ich habe leider kein angemessenes braunes papier.

Mit den untertänigsten, demütigsten, füseable - kensden, gunstheischen - sten und unterwürfigsten Hochachtungsbezeugungen bin ich

Ihr
Lutz Buhr



RH Spendenkonten

RH Berlin: R. Fink - Sonderkonto
Postcheckkt. Berlin West
Nr. 337 637
RH Hamburg: Dresdner Bank H.H.
84 53 9333 - Rote Hilfe
RH Frankfurt: Dresdner Bank Ffm
Kto.: 4116604
RH München: Sparkasse München
Kto.: 907 - 112 189

Unplanmäßig löste sich ein Schuß

27.3. Die Polizei spielte einen Banküberfall mit Geiselnahme

Streng geheim verlief gestern um 9 Uhr 30 in der Polizeischule Spandau am Hohenzollernring eine Polizeübung „Banküberfall mit Geiselnahme“, die nach gleichartigen Fällen in der Bundesrepublik rekonstruiert war.

Eine provisorisch hergerichtete Bankfiliale in der Polizeischule wurde von drei Maskierten überfallen. Einer der Täter verschwand in einem Auto mit der Beute. Daraufhin nahmen seine Komplizen sechs Geiseln und forderten eine Million Mark, ferner freies Geleit und die Bereitstellung eines Flugzeuges auf dem Flughafen Gatow. Nach dem ins Spandauer Stadtgebiet geflüchteten Komplizen wurde eine Großfahndung eingeleitet. Deshalb waren gestern vormittag an zahlreichen Kreuzungen auch in der Innenstadt bei Tempelhof schwerbewaffnete Polizisten postiert.

Unter Leitung von Bürgermeister Neubauer wurde ein Krisenstab gebildet, der alle Eventualitäten durchspielte. Die Bankräuber verließen schließlich die Filiale unter Mitnahme zweier Geiseln, die sie ebenso wie sich selbst maskiert hatten. Völlig unplanmäßig fiel in diesem Moment ein Schuß. Einer der Präzisionsschützen der Polizei, die auf einem Dach postiert waren, hatte aus Versehen einen Platzpatronen-Schuß ausgelöst. Die Übung wurde ohne Resultat abgebrochen. Sie soll in Kürze auf dem Flughafen Gatow fortgesetzt werden.

An der Aktion waren 400 Beamte der Schutz- und Kriminalpolizei sowie der Abteilung I, die für politische Delikte zuständig ist, beteiligt, außerdem die gesamte Führungsspitze der West-Berliner Polizei. Die Bankräuber wurden von EGREUS-Beamten gestellt. Angehörigen der „Einsatzgruppe für Erprobung und Sonderaufgaben“, der früheren Gruppe 47. (Tsp)

Knastbesuch

Besuch der JVA Ziegenhain am 17. 2. 73

Seit 4 Wochen befindet sich auch A. Baader (neben anderen politischen Gefangenen) im Hungerstreik. Seit dem 9. 2. wurde ihm zusätzlich das Wasser entzogen und am 12. 2. wurde er in die JVA Ziegenhain (Schwalmstadt) verlegt, damit er dort seine noch zu verbüßende Haftstrafe (wegen Kaufhausbrandstiftung) absitzen kann.

Mit drei Autos fuhren wir am 17. 2. nach Ziegenhain. Wir erklärten über Megaphon, warum wir dorthin gekommen waren und daß wir auf die Zustände im Knast aufmerksam machen wollten.

Unsere Agitation wurde von vielen Gefangenen mit geballter Faust und Zurufen freundlich aufgenommen. Auf unsere Frage, wo A. Baader liege zeigten sie mit der Hand auf das darunter liegende Stockwerk. Sie fragten uns nach einer Kontaktadresse, nachdem wir sie aufgefordert hatten, über Haftbedingungen im Knast zu berichten.

Was sie brauchen können seien Maschinenpistolen - riefen sie aus dem Fenster. In Sprechchören riefen wir: Freiheit für alle Gefangenen!

Beim Mücke-machen kamen die Bullen mit drei Autos, hatten vorsorglich schon einen Zivilen bei unseren Autos postiert (zwecks Auto-Kennzeichen). Zwar teilten wir uns in verschiedene Richtungen auf, trotzdem wurde von drei Genossen die Personalien festgestellt und das Megaphon eingezogen. Begründung: die Veranstaltung sei nicht angemeldet gewesen, außerdem müsse eine Genehmigung für die Benutzung eines Megaphons in der Öffentlichkeit vorhanden sein (ansonsten ruhestörender Lärm). Die Herrschenden haben Angst weil wir aufgehört haben, Angst vor ihnen zu haben. Wir müssen und werden weitermachen
RH Marburg
RH Giessen

Impressum
Rote Hilfe

1 Berlin 21 Stefansstr. 60
verantwortlich im S. d. P.
Regina Spitz Eigendruck im
Selbstverlag

BROSCHÜRE über die roten- u. schwarzen hilfen, sowie schwarzkreuz ist im alternative-centrum, darmstadt in vorbereitung, zur lage und bedeutung der knasthilfen - mit berichten, artikeln ect., kontaktadressen und spendenkonten. eine echt wichtige information für alle genossen - bei solidarität und kommunikation keine bloße maulhurerei ist! eine große hilfe für alle knastgenossen & knasthilfen. schickt noch beiträge, informationen ect. & vorbestellungen!
anschrift: günter ehret, 61 darmstadt 1,
postfach 372 / einzelpreis ca. 60 pfg!

PAULA WEISS und die Klassenjustiz

EINBEITRAG DES BERÜNER ANZÜNDER ZUR BÜRGERLICHEN KLASSEN- JUSTIZ

AUFGEZEIGT AN DEN FÄLLEN PAULA WEISS UND HORST WITTE.

Kurz vor Weihnachten wurde die Arbeiterin Paula Weiß, die ihren sechsjährigen Sohn getötet hat zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Zur gleichen Zeit wurde der Tierarzt Horst Witte, der seine Geliebte erstochen hatte, freigesprochen. Gerechtigkeit, Zufall oder Schicksal? Der psychiatrische Sachverständige des Gerichts, das über Paula Weiß zu urteilen hatte, spricht allerdings von "Lebensschicksal", als sei das, was geschehen ist und was diesem Geschehen vorausging, gottgewollt und unabänderlich, als hätte Paula Weiß sich mit dem, was ihr widerfuhr und was sie getan hat, abzufinden und gleichzeitig dafür zu büßen. Dieser bürgerliche "Sachverständige" Dr. Spengler hält dieses "Lebensschicksal" der Arbeiterin Paula Weiß für "anlagebedingt". Mit diesem Klassenvorurteil aus der Motte Kiste bürgerlicher Ideologie erweckt dieser "Sachverständige" den Eindruck, als ließe sich diesem "Lebensschicksal" nur entgegenwirken, indem man Menschen mit derartigen "Anlagen", wenn schon nicht vergast, dann doch wenigstens lebenslang hinter Gittern verschwinden läßt.

fahrlos abtreiben zu lassen, die einem beschissenen Mann ausgeliefert und von diesem "Geliebten" wegen der gewünschten Abtreibung mit Gesetz und Justiz bedroht und erpreßt wurde, diese Arbeiterin, die von Umwelt und Erziehung zum Totschlag am eigenen Kind programmiert wurde, wird von einer bürgerlichen Justiz, von einem Geschworenengericht aus Metzgermeistern, Beamten und Akademikern oder ähnlichen Leuten dazu verurteilt, den Rest ihres dürftigen Lebens in einem finsternen und stinkenden Loch von vielleicht sechs Quadratmetern zu verbringen. In der Urteilsbegründung heißt es, Paula Weiß hätte ihr Kind abgeben können, an Verwandte oder an ein Heim. Wir fragen: an eine Stiefmutter, wie sie Paula Weiß erlebt hat? An ein Erziehungsheim, wie es Paula Weiß aus eigener Anschauung kennt? Wo wir alle - und vor allem das Gericht - wissen, daß ein außerordentlich hoher Anteil der Heimzöglinge später die Heime mit dem Knast vertauschen! Derart perverse Ratschläge kann nur die verkommene bürgerliche Justiz geben. Das ist Zynismus.

Nun, der Vorsitzende dieses Schwurgerichts heißt Gaus; er ist uns bekannt durch das Terrorurteil gegen den Genossen Kunzelmann. Im März 1972 erstach der Tierarzt Horst Witte in Bonn mit 9 Messerstichen seine langjährige Geliebte. Er wurde vom Bonner Schwurgericht von der Anklage des Mordes freigesprochen und auf freien Fuß gesetzt. Begründung: Durch den vorausgegangenen Streit mit seiner Geliebten sei das Opfer an seinem Totschlag mitschuldig geworden und die Tat sei dem Angeklagten "völlig wesensfremd" gewesen. Die Arbeiterin Paula Weiß, die kaum Fähigkeiten zu zwischenmenschlichen Beziehungen, zur Kommunikation, Liebe, Phantasie und zu intelligentem und rationalem Handeln entwickeln konnte, weil sie aus einem Loch in Wedding, Kreuzberg oder Neukölln stammt und nicht in Grunewald geboren wurde, die von unfähigen Leuten und im Heim "erzogen" wurde und nicht im Internat, die nach dem Urteil des psychiatrischen Sachverständigen "Anlage" - und umweltgeschädigt ist von einer Umwelt, die sie sich nicht aussuchen konnte, die sie nicht verändern oder bewältigen konnte, weil das diesen Menschen aus dieser Umwelt nicht

„Es hat ja wohl einen Grund, weshalb ich meinen Sohn umbrachte“

„Ich wollte ihm ein schweres Leben ersparen“

Andererseits räumt Spengler ein, daß Paula Weiß' Tat "auch" aus ihrer "abnormen psychischen Persönlichkeitsformung" zu erklären sei, wobei eine "wesentliche" Rolle auch Milieueinflüsse gespielt hätten. So stellt er fest: Paula Weiß wurde von ihrem "primitiven" Vater häufig geprügelt und von ihrer Stiefmutter "ständig beschimpft und gedemütigt". "Elternliebe und Nestwärme" hätte sie nie gekannt. Zeitweilig lebte sie im Erziehungsheim. Resultat: gemütsarm, geistig beschränkt, unterentwickelte moralische Wertvorstellungen, infantile Abwehrreaktion und Abkapselung gegenüber der Umwelt. Begriffe, die der Sachverständige gebrauchte. Ihr "Liebesleben" verlief dann auch "denkbar unglücklich. Der Vater des Kindes drohte mit einer Anzeige, wenn Paula Weiß das vor der Geburt noch uneheliche und unerwünschte Kind abtreiben lassen würde. Diese Frau, die in einer unmenschlichen Umwelt aufgewachsen und von ihr geprägt ist, die als schlecht informierte und beschissene bezahlte Arbeiterin nicht die Möglichkeit hatte, ins Ausland zu fliegen oder über 1000 Mark auf den Tisch eines Profitsüchtigen Arztes zu blättern, um das unerwünschte Kind - wie in Oberschichten üblich - unauffällig und ge-

Paula Weiß tötete ihr Kind, weil sie Angst hatte, ihre erste und vielleicht einzige Chance ihres dürftigen Lebens zu verpassen, Liebe zu erfahren und weil sie nie gelernt hatte, diese Möglichkeit anders als durch Mord zu verwirklichen. Und sie tötete ihr Kind, weil sie Angst hatte, es könne nicht "clever" genug sein, sich in einer Umwelt durchzusetzen, die Paula Weiß nur als sie kennt, die sie selbst erlebt hat. Das entschuldigt nicht die Tat, aber die Täter sind woanders zu suchen. Was Paula Weiß - wie jährlich viele andere Mütter hier in Berlin - tat, ist nichts anderes als der Ausdruck der Unmenschlichkeit dieses verkommenen bürgerlichen Systems. Ingrid Kappes, die Paula Weiß geholfen haben soll, wurde wegen Begünstigung zu einem Jahr verknackt - mit dem Bedauern des Gerichts, daß das Gesetz eine höhere Strafe nicht zulasse und der Gesetzgeber (gemeint ist hier wohl die sozial-liberale Koalition!) die Höchststrafe für Begünstigung auf ein Jahr herabgesetzt hätte. Dazu der Tagesspiegel vom 23.12.: "...seit über hundert Jahren ist keine Änderung des in Paragraphen 257 des Strafgesetzbuches vorgeschriebenen Strafrahmens eingetreten". So gut wissen diese Richterscheine in ihren Gesetzbüchern bescheid!

beigebracht wird (wo würde das auch hinführen!), diese Arbeiterin wird von einer bürgerlichen Justiz, die vor 30 Jahren Terrorurteile gegen Antifaschisten fällte und heute nazistische Massenmörder zu Bagatellstrafen verurteilt, lebenslänglich hinter Gitter gebracht. Der bürgerliche Tierarzt Horst Witte, akademischer Standesgenosse wie die, die über ihn zu Gericht sitzen, von dem wir aufgrund seiner Erziehung und seiner Umweltbedingungen, in denen er aufgewachsen ist und lebt und dem folglich auch bescheinigt wird, daß der Totschlag an seiner Geliebten ihm "wesensfremd" sei; von dem wir erwarten können, daß er genügend Intelligenz entwickelt und gelernt hat, Konflikte rational zu lösen, spontan auftretende negative und "wesensfremde" Triebabdrücke wie Wut, Haß, Aggression als solche zu erkennen und sie zu beherrschen und zu steuern, wird von einem bürgerlichen Schwurgericht, von Bäckermeistern, Doktoren und Beamten, und mit Hilfe eines guten Rechtsanwalts, vielleicht eines Gutachters und was er sich sonst noch finanziell leisten kann, für seine Tat als nicht verantwortlich erklärt und in Freiheit entlassen. Das ist Klassenjustiz. Das ist bürgerliche Klassenjustiz. Das

Fortsetzung Paula W.

ist eine heuchlerische, dumme und verlogene Justiz, die mit Gerechtigkeit nichts zu tun hat. Als heuchlerische, dumme und verlogene bürgerliche Klassensjustiz kann sie nicht den wahren Schuldigen an Kindesmord und Tat-schlag anklagen und verurteilen: diese verkommene, verlogene, heuchlerische, dumme und un-menschliche bürgerliche Klassen-gesellschaft und ihre Charak-termasken, zu denen auch Staats-anwälte, Richter und Geschworene gehören. Diese Klassenparteiliche und unmenschliche Justiz ist nur der Ausdruck einer unmensch-lichen Klassengesellschaft. Ein Recht, Anklage zu erheben, haben nur diejenigen, die von der Unmenschlichkeit dieser Klassengesellschaft betroffen sind. Sie werden sie nicht gegen Paula Weiß erheben, sondern gegen diese unmenschliche Klas-sengesellschaft. Und nur sie kön-nen letztendes die Institutionen dieser unmenschlichen Klassengesellschaft zerschlagen: Staat, Kapital, Parteien, Parla-ment, Justiz und Polizeiapparat. "Rund 1000 Kinder - so schätzen Kriminalstatistiker - sterben jährlich in der BRD an Mißhand-lungen" durch ihre Eltern und Erzieher (Spiegel 7/72). In Japan ließ ein Geschäftsmann,



der vor dem Konkurs stand, seine Tochter hoch versichern und von gekauften Mördern totfahren. Allein in Berlin haben 72 drei Mütter aus der Arbeiterklasse vor Gericht gestanden, die ihre Kinder ver-

Kinder getötet hatten; zwei der Mütter ließen ihre Kinder ver-hungern. Begreifen wir eigentlich noch, was das bedeutet? was es be-deutet, aus Angst vor Liebes-verlust, aus Angst vor ge-schäftlichem Ruin, seine eng-sten Angehörigen zu töten? Das ist der höchste Grad der Ent-fremdung, der Entfremdung des Menschen von seiner Natur und seinem Artgenossen. Die Be-dingungen zu ändern für die Selbstentfremdung des Menschen und seiner Entfremdung von sei-ner Gattung, das ist revolutio-när. Dazu gehört die Befreiung der Paula Weiß aus ihrem psychischen und sozialen Elend und aus dem Knast genauso wie die Befreiung unserer Gefangenen Genossen. Das heißt:
FREIHEIT FÜR ALLE GEFANGENEN!

Berliner Anzünder

Durch den mehrstündigen Streik der Drucker schrumpften die Zeitungen des Springe-Konzerns, die über 70 % des Berliner Marktes beherrschen auf ein lächerliches Flugblatt zusammen mit dem geronnenen Inhalt der stigen Ausgaben: **T e r r o r m e l d u n g e n .**

Not-Ausgabe
10. April 1973

Bild

DIE WELT
B.Z.
BERLINER MORGENPOST

Zypern: Arabische Terroranschläge gegen Israelis

Schnell informiert

Die sterblichen Überreste eines gefallenen Soldaten wurden gestern in einem Laubengänge an der Kich-straße im Siedlerort Ostteil Südde gefunden. Neben dem Toten lag eine Kartentasche. Außerdem wurden noch bei dem Gefallenen um einen deutschen oder russischen Soldaten handelt. Ist noch nicht geklärt.

Auf freier Tai überrascht wurden in der Nacht zum Montag drei Einbre-cher in der Eisenstraße (Schönberg). Zwei von ihnen versuchten vergeblich, sich unter dem Tisch eines Lokals zu verstecken, in das sie durch eine zer-trümmerter Schübe eingedrungen waren. Ihr Komplize, der auf der Straße Schmeiere gestanden hätte, wurde ebenfalls nach kurzer Verfolgung festgenommen.

Nachdem der 21jährige Helmut H. aus Heiligensee in der Nacht zum Mon-tag vor einem Lokal am Vierzehnt-

Die zypriische Hauptstadt Nikosia wurde gestern Schauplatz von Terror-akten arabischer Guerillas. In der In-nenstadt verübten Freischärler einen schweren Sprengstoffanschlag auf die Residenz des israelischen Botschafters Rahamin Timor. Zur gleichen Zeit versuchten fünf Araber, auf dem interna-tionalen Flughafen von Nikosia eine Maschine der israelischen Gesellschaft EL AL in die Luft zu sprengen.

Ein zypriischer Regierungs-sprecher teilte mit, auf dem Flughafen sei ein Araber er-schossen worden. Zwei weitere habe man verletzt festnehmen können. Nach anderen Berich-ten wurden drei der fünf Ter-roristen von israelischen Si-

Guerillas habe fliehen können.

In Augenzeugen berichteten, die Freischärler seien mit einem grauen Auto durch ein offenes Tor auf das Flughafengelände gerast. Sie steuerten auf das israelische Flugzeug zu, das sie möglicherweise in ihre Ge-walt bringen wollten. Es wurde nicht ausgeschlossen, daß sie mit den Attentätern, die in der Innenstadt die israeli-sche Botschafterresidenz an-griffen hatten, in der Ma-schine flüchten wollten. Is-raelische Sicherheitsbeamte in dem Flugzeug hätten sofort das Feuer eröffnet, hieß es weiter. Ein EL-AL-Sprecher in Nikosia erklärte, die Passa-giere, die mit dem Flugzeug hätten fliehen wollen, seien

Andie Lesern!

Trotz der für heute be-schlossenen Einigungsgesprä-che hat die Gewerkschaft IG-Druck und Papier zu einem Streik aufgerufen. Die Zeit-ungen BILD, WELT, BZ und BERLINER MORGENPOST können deshalb nicht erscheinen. Diese Notausgabe soll Sie trotzdem über die wich-tigsten Ereignisse inform-ieren. Wir bitten unsere Leser um Verständnis.

Deutschland vor 1:2

Eine unglückliche 1:2-Niederla-ge erleidet die deutsche Eis-hockey-Mannschaft gestern abend bei der Weltmeisterschaft in Moskau durch Finnland. Bis zum letzten Drittel führte die deutsche Mannschaft durch ein Treffer des Berliner

Knastgruppe in Tegel vernichtet!

Schon wieder wurde eine Knast-gruppe von der Anstaltsleitung Tegel verboten.

Im März 1972 versuchten zwei Mitglieder der Forschungsgruppe S am Institut für Gerichtsme-dizin in Tegel eine Knastgruppe mit Drogenabhängigen und Scene-flippern aufzubauen. Die erste Embule der Gruppenmitglieder fand im Sommer 72 statt. Die Häftlinge demonstrierten für eine große Gruppenzelle. Der Kampf war kurz. Dr. Hiob, der

leitende Klinikkrassist ließ die Gruppenmitglieder alle zwangsverlegen, zum Teil nach Moabit, Plötzensee oder auch nach Haus I in Tegel. Die Ge-nossen von der Forschungsgruppe gaben nicht auf und versuchten zusätzlich in Haus I eine neue Knastgruppe aufzubauen. Mit der PU im Rück gelang es eine Zeit lang eine duft arbeitende Grup-pe zu machen. Nachdem die Gruppe auch gemeinsam am letzten Hun-gerstreik teilnahm, versuchten Glaubrecht und Hiob ein paar Gründe zu finden, um die Arbeit der Gruppe abzubrechen. Als erstes fiel ihnen ein, daß Ge-nossen zum Besuch oder in Pake-ten vielleicht verschiedene Dro-gen mit in den Knast gebracht bzw. geschickt hätten. Als man das aber nicht beweisen konnte, begründete man eine Zwangsauf-lösung der Gruppe so, indem man einer Mitarbeiterin vorwarf, Rote-Hilfe-Schriften verteilt

und die Mitglieder der Gruppe agitiert zu haben, ein Sozial-istisches Patientenkollektiv zu gründen, da Struktur und Taktik scheinbar an die SPK-Theorien erinnerten. In diesem Moment hätte die Uni schützend eingrei-fen können, jedoch der Leiter der Forschungsgruppe, Prof. Bschor zog sich aus der Affäre, indem er die Gruppe hochgehen ließ. Fast ein Jahr zog er seine Informationen und "wis-senschaftlichen Ergebnisse" aus dieser Gruppenarbeit. Er vers-prach den Genossen ein Knast Solidarität und persönlichen E Einsatz in Prozessen und bei der Anstaltsleitung. In der konkreten Notsituation jedoch zog er seine private Uni-karriere vor mit der Begrün-dung "Es ist jetzt ein Jahr lang Schmutzarbeit gemacht worden, jetzt wird es Zeit, daß wir die Sache wissen-schaftlich auswerten." Das heißt genau: Die Knastolo-gen wurden zu Karteikarten für das elektronische Daten-verarbeitungssystem der Uni. Die Gruppe ist zerschlagen, a aber wir haben viel Erfahrun-gen für eine neue Gruppe ge-sammelt.

Neue Gruppen bilden! 7

SCHWEDEN verschärft UNTERDRÜCKUNG

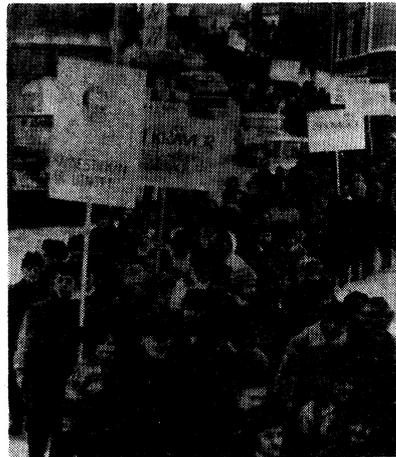
Regierungsentwurf eines "Terroristengesetzes"

Der Entwurf der schwedischen Regierungskommission unter Staatsminister Lidbom eines "Gesetzes zur Verhütung von Gewalttaten des internationalen Terrorismus" zeigt deutlich, daß die Hexenjagd auf "Terroristen" nun also auch Schweden erreicht hat. Das Gesetz wird die letzten Illusionen über die "liberale und großzügige Flüchtlingspolitik" Begraben. Die schwedische Regierung hat sich bekanntlich nicht nur geweigert einigen Soldaten der US-Armee, die sich nicht mehr am Völkermord in Vietnam beteiligen wollten, Asyl zu gewähren; sie hat sogar portugiesische Sympathisanten der Befreiungsbewegung Guinea-Bissau (PAIGC) an Portugal ausgeliefert, was mit größter Wahrscheinlichkeit deren Tod bedeutet.

In der Tat ist der Entwurf dieses terroristischen Gesetzes so abgefaßt, daß es nicht nur gegen die Mitglieder der faschistischen, kroatischen Ustascha-Bewegung, sondern auch gegen die Angehörigen von Befreiungsbewegungen anderer Nationen gewandt werden kann.

In einem von 141 schwedischen Schriftstellern unterzeichneten Protestaufruf gegen das Gesetz heißt es: "Ein afrikanischer Widerstandskämpfer, der westdeutsche Einrichtungen am Cabora Bassa-Staudamm in Mosambik beschädigt hat, soll also an unseren Grenzen abgewiesen bzw., wenn er sich schon in Schweden befindet, ausgeliefert werden können."

Die schwedische Regierung will weismachen, "die eng begrenzten Maßnahmen" richteten sich gegen eine winzige Zahl von Personen" z. B. die Ustascha. In Wirklichkeit soll das Gesetz zur Kontrolle und Zerschlagung der starken sozialistischen Bewegung in Schweden und zur Sicherung der schwedischen Kapitalexperte u. a. nach Afrika dienen.



Streik in Kiruna 1969

Seit dem Bergarbeiterstreik in Kiruna im Winter 69/70 schwelt im "Wohlfahrtsstaat" eine wirtschaftliche und politische Krise, die in Lohn- und Preistopmaßnahmen der Regierung ebenso ihren Ausdruck

findet wie in zahlreichen, wohlorganisierten Streiks und Protestaktionen des Volkes. Das Schwedische Volk, das sich wegen der ständig verschlechternden Lebensbedingungen in wachsender Unruhe befindet, muß eingeschüchtert und möglichst von der eigenen Notlage abgelenkt werden. Darum hat man die Flugzeugentführung und die Ermordung des jugoslawischen Botschafters im Herbst vergangenen Jahres durch Ustascha-Agenten zum Anlaß genommen, nun den staatlichen Unterdrückungsapparat auszubauen.

Trotz zahlreicher Demonstrationen und Kundgebungen in Stockholm, Uppsala und anderen Städten hat das schwedische Kabinett den Gesetzesentwurf am 20. 3. 73 verabschiedet und wird ihn demnächst dem Parlament vorlegen. Die Regierung versucht jedoch unterdessen dem Volk Sand in die Augen zu streuen: erstens hat sie den Entwurf einer Instanz überwiesen, die ihn auf seine Verfassungsmäßigkeit überprüfen soll. Zweitens weist sie daraufhin, die Abweisungs- und Ausweisungspraxis sei durch das Asylrecht begrenzt. Das schwedische Volk darf und wird sich durch ein solches Geschwätz nicht von seinem Kampf gegen das Gesetz abhalten lassen. Die oben angedeutete Asylpraxis ist in Schweden hinreichend bekannt. Aber auch mit der zeitlichen Begrenzung von Gesetzen hat man Erfahrung: 1952 wurde während der Periode der Kommunistenverfolgung in der USA und Westdeutschland in Schweden ein Gesetz zur Überwachung der Telefone von "Spionen" erlassen - für ein Jahr. Seither hat das Parlament dieses Gesetz Jahr um Jahr - ohne Debatte verlängert, zuletzt bis 1974.

KRIMINELL IST DIE JUSTIZ

Redebeitrag der Roten Hilfe Westberlin auf einem Mahler-Teach-In

Seit dem 9. Oktober spielt sich vor unseren Augen und Ohren eine grandiose Schau ab: die erste Etappe zur Liquidation von Theorie und Praxis der Roten Armee Fraktion. So wortgewaltig der Prozeß gegen Horst Mahler von der bürgerlichen Presse kommentiert wird, so wenig nimmt die Linke diesen Prozeß zur Kenntnis, und wenn, dann als Beobachter. Dabei hat die Linke allen Anlaß das exemplarische Vorgehen von Staatsapparat und Justiz zu begreifen und darauf zu reagieren: Zum ersten Mal seit der Studentenbewegung wird ein Prozeß von allen Beteiligten offen politisch geführt, zum ersten Mal bekennt sich die Justiz offen als Instrument der Exekutive.

Wenn früher Staatsanwälte und Richter in Prozessen gegen Genossen alle politischen Argumentationen wenn möglich in das Schlußwort des Angeklagten verbannten, so sind im Mahler-Prozeß politische Theorien und Diskussionen Prozeßgegenstand. Bundesanwalt Kaul führte höchstpersönlich Marighelas "Handbuch des Stadtguerillero" als Beweismittel in den Prozeß ein, ebenso die der RAF zugeschriebene, angeblich von Horst Mahler verfaßte "Straßenverkehrsordnung"; und die politischen Erklärungen von Horst

Mahler zur Aktion des Schwarzen September in München und zur Geschichte der RAF nahmen Richter und Staatsanwälte nicht nur widerspruchslos hin, sie stenografierten mit! Dasselbe bei den Diskussionen mit Ulrike Meinhof und Andreas Baader. Und wenn früher Staatsanwalt und Richter darum bemüht waren, den Schein der streng juristischen, unpolitisch über den Klassengegensätzen stehenden Justiz zu wahren, so argumentieren im Prozeß gegen Mahler Staatsanwalt und Gericht offen politisch-konterrevolutionär. Bundesanwalt Kaul lehnte z. B. den Antrag der Verteidiger auf Haftverschonung mit der "Begründung" ab, Mahler werde als Revolutionär ja sofort wieder in den Untergrund gehen. Und das Gericht sprach sich gegen eine Haftverlängerung mit der "Begründung" aus, daß Mahler seine Mithäftlinge gegen das Anstaltspersonal aufhetzen und in den Gefängnissen die Revolution entfachen wolle. Und nachdem mit dem Kronzeugen Ruhland die ganze juristische Beweisstruktur für einen Bankraub zu Bruch ging, können Staatsanwalt und Gericht in Anklage und Urteil nur noch offen ihre Absicht darstellen, mit der RAF jeden Ansatz zu militärischem Kampf gegen Im-

perialismus und Kapitalismus im Keim zu ersticken. Schon seit der Inhaftierung wird dieses Urteil an den Genossen der RAF vollstreckt: Sonderbewachung, totale Isolierung, psychische Folter.

Gesetzlicher Rahmen dieser politischen Prozeßführung durch die Herrschenden ist der zur Anklage stehende § 129. Ganz eindeutig steht im Prozeß gegen Horst Mahler die Anklage wegen "Gründung einer kriminellen Vereinigung" im Vordergrund. Dieser Tatbestand richtet sich nicht gegen eine unbestimmte Allgemeinheit, wie sonst die gegen Genossen verwandten Tatbestände Hausfriedensbruch, Beleidigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt oder Aufforderung zu Straftaten. Der § 129 zielt nach Wortlaut und Anwendungspraxis einseitig nur auf die politisch linke Opposition.

Eine "kriminelle Vereinigung" ist nach dem Wortlaut des § 129 jede Vereinigung die den Zweck hat, strafbare Handlungen zu begehen. doch nicht ohne Grund heben die einschlägigen Kommentare ausdrücklich hervor, daß dazu in erster Linie politische Delikte gehören. Der Absatz 2 des § 129 best. ätigt dies, in dem er im einzelnen das Verhältnis des § 129 zum Verbot einer verfassungswidrigen Par-



tei und zu anderen sog. "Staatgefährdungs-Delikten" regelt. Bestätigt wird der eindeutig politische Inhalt des § 129 aber vor allem durch seine bisherige Anwendung. Er wurde 1951 zusammen mit anderen sog. "Blitzgesetzen" in das Strafgesetzbuch aufgenommen. Diese "Blitzgesetze" sollten schon vor dem offiziellen Verbot der KPD die strafrechtliche Verfolgung aller Gruppen ermöglichen, die sich in der BRD gegen die Remilitarisierung und die Rekonstruktion des Kapitalismus einsetzen. Betroffen waren u. a. die FDJ, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, der Hauptausschuß für Volksbefragung, die Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft, die Arbeitsgemeinschaft demokratischer Juristen. Mit hohen Gefängnisstrafen wurden bestraft die Durchführung einer Volksbefragung zur Wiederaufrüstung, gute Beziehungen zur DDR, Solidaritätsaktionen zugunsten von politisch Angeklagten und politischen Gefangenen, die juristische Beratung kommunistischer Verlage und ähnliche Formen der "Untergrabung der verfassungsmäßigen Ordnung". Die Kautschuk-Fassung des § 129 - bestraft wird nicht nur Gründung und Mitgliedschaft bei einer "kriminellen Vereinigung", sondern auch Werbung und Unterstützung - und Sondervorschriften der Strafprozessordnung - Wahlzuständigkeit des Generalbundesanwalts, Ermessen der Staatsanwaltschaft, Anklage zu erheben oder auch nicht - machen den § 129 zu einem über jeder allgemeinen Legalität stehenden Instrument der Verfolgungsbehörden. Bundesweite Verfolgung als Staatsfeind Nr. 1, willkürliche Anordnung von Untersuchungshaft, erschwerende Haftbedingungen, beliebige Konstruktionen der Tatbegehung, Bestechung von beteiligten Zeugen durch Versprechen von Straffreiheit oder

-milderung, Bedrohung eines beliebig weit zu fassenden Kreises von Sympathisanten, das sind einige Möglichkeiten den § 129 (Prototyp einer Vorschrift des politischen Strafrechts) einzusetzen.

Die Linke fängt erst an zu begreifen, welche Schlüsse sie aus Existenz und Anwendung eines solchen politischen Strafrechts zu ziehen hat. Bei politischen Prozessen der Vergangenheit hat sie sich noch immer dazu berufen gefühlt, die in diesen Prozessen verletzte bürgerliche Legalität durch massenhafte Proteste gleichsam wiederherzustellen, die Gesetzmacher an die Verfassung, die Gesetzesanwender und -vollstrecker an die Gesetze zu erinnern. Nahel liegend war dies deshalb, weil die Justiz sowohl bei den in Anwendung gebrachten Gesetzesvorschriften wie in der Prozeßführung den Schein der unpolitischen Dritten Gewalt zu wahren suchte. Der Kampf der Genossen vor Gericht und der solidarische Protest der Genossen "draußen" appellierte deshalb an die Rechtsstaatsidee, die Prinzipien der Rechtsgleichheit und Verfahrensfariness, an die Grundsätze unbefangener, genauer Gesetzesinterpretation und Beweiswürdigung. Neben der prozessualen Verteidigung der angeklagten Genossen hatte dies zum Ziel, die dem Staatsapparat immanenten Widersprüche und die historisch begründete relative Eigengesetzlichkeit der Justiz auszunutzen, anhand dieser Widersprüche kollektive Lernprozesse und Reaktionen in Gang zu setzen, um die von der Arbeiterklasse erkämpften und rechtlich verfaßten Positionen zu verteidigen. So blieb die Reaktion der Linken gegenüber der politischen Verfolgung beschränkt auf den "Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte", der von der Illusion einer einheitlichen Reak-

tion gegen evidente Verletzungen des bürgerlichen Rechtsanspruchs ausging, dabei ungefragt eine allgemeine Interessenübereinstimmung voraussetzte. Ihre Grundlage hat dies darin, daß Ausgangspunkt der Neuen Linken, auch wenn sie jetzt z. T. in selbsternannten Parteiantagarden organisiert ist, die Studentenbewegung der 60er Jahre ist, die ja gerade in der Erfahrung des Widerspruches zwischen realen Verhältnissen und ihrer ideologischen Verschleierung einen entscheidenden Auftrieb fand. Ihr historischer Fehler war es, die Erfahrungen der Weimarer Zeit, der Zeit des Faschismus und der Rekonstruktionsphase des Kapitalismus in Deutschland nicht ernst zu nehmen, die Kontinuität der politischen Verfolgung mit den Methoden des bürgerlichen Rechts zu ignorieren. So wichtig es ist, Rechtspositionen zu verteidigen, die bestehenden Widersprüche zwischen Exekutive und Justiz zu nutzen, die Justiz an ihre selbstgesetzte Schranken zu erinnern, um den Genossen vor Gericht ihre Verteidigung zu erleichtern und Lernprozesse über den Klassencharakter der Justiz zu ermöglichen, so hilflos sind diese Maßnahmen gegenüber einer politischen Anwendung des politischen Strafrechts, das ger nicht erst den Anschein zu erwecken sucht, hier urteile ein unpolitischer, neutraler Richter über einen Tatbestand allgemeiner Kriminalität, sondern das von vornherein nur gegen die politisch linke Opposition gerichtet ist, das eine offene politische Argumentation auch von seiten der Justiz verlangt und sie ohne jede Tarnung zum Instrument der kapitalistischen Klassenherrschaft macht. Rechtsgleichheit, Tatbestandsmäßigkeit, Neutralität, Beweisregeln - solche Prinzipien erheben hier gar nicht erst den Anspruch auf Anwendung. Möglichkeiten aus ihrer Verletzung prozessual und politisch Nutzen zu ziehen, bestehen gar nicht erst.

Eine wichtige Erfahrung aus den Prozessen gegen die Genossen der RAF ist also: Die Linke muß ihrer Verfolgung durch Staatsapparat und Justiz mehr entgegen setzen als das Bestehen auf Einhaltung der bürgerlichen Legalität und das Ausnutzen der ihr immanenten Widersprüche.

Ein solches beschränkt-defensives Vorgehen verdoppelt eher die ideologische Funktion der Rechtsstaatsillusion, als daß es die geschichtlich längst belegte Erkenntnis ernst nimmt, daß in der bürgerlichen Rechtsstaatsidee die gegenwärtigen Erscheinungen der Instrumentalisierung der Justiz im Dienst der politischen Verfolgung jeder fundamentalen Opposition schon von Anfang an angelegt sind.

Die Linke muß darüber hinaus im Gericht und außerhalb des Gerichts den grundsätzlichen Klassencharakter des bürgerlichen Rechts aufzeigen, einerlei, in welcher liberaler Form es uns gegenüber tritt. Sie muß sich gegenüber der Legalität der im Dienst der herrschenden Klasse bestehenden Ordnung auf die Legitimität der Durchbrechung dieser Ordnung berufen, eine Durchbrechung, die den Anspruch erheben kann, den Bedürfnissen der unterdrückten Massen dadurch zu dienen, daß sie die Kriminalität der bürgerlichen Gesetzlichkeit und Justiz offen legt und bekämpft.

die einzig richtige Antwort auf Frankfurt:

häuserkampf in hamburg

DIE HAUSESETZER KAMEN MIT MASKEN UND HÄMMERN

Am 19. 4. gab Hamburg die beste Antwort auf den Frankfurter Häuserkampf: Lehrlinge, Schüler und Studenten besetzten im Hamburger Stadtteil Hohenfelde ein leerstehendes Haus in der Ekhofstr. 39. Innerhalb einer halben Stunde war das Haus ver-rammelt, die Fenster mit Maschendraht gegen Tränengas ge-sichert und die Verteidigung organisiert. Wachen wurden einge-teilt, Essen herbeigeschafft und Schlafplätze hergerichtet. Auf der Straße vor dem Haus und im Stadtteil wurden Flugblätter verteilt. Von den Frankfurter Genossen hatte man gelernt, Fast alle waren verummumt, mit Schlagstöcken und Helmen ausgerüstet. Die Bullen hielten sich am ersten Tag zurück, schickten ab und zu einen Strei-fenwagen vorbei.

In Hamburg-Hohenfelde(Innenstadt) hat die BEWO-Bau, eine Toch-tergesellschaft der gewerkschaftseigenen NEUEN HEIMAT, eine Reihe gut erhaltener Altbauten aufgekauft, vergammeln lassen und die Mieter gekündigt, einige sind schon ausgezogen. Die Häuser stehen teilweise leer, um abgerissen zu werden. An dieser Stelle will die BEWO-Bau 19geschossige Wohntürme mit Eigen-tumswohnungen bauen. Eine Wohnung hier soll dann ungefähr 600.000 DM kosten. Als die Abbruchpläne bekannt wurden, haben sich die Mieter zusammengetan und eine Mieterinitiative gegründet. Ein Jahr lang haben sie sich mit den Behörden rumgeschlagen, um den Abbruch dieses nutzbaren Wohnraums zu verhindern. Vergeblich. Der Hamburger SPD-Senat gehört zur Spekulant bande!

Die alten Mieter wurden mit "Umzugshilfen" von DM 500, - be-stochen, in freiwerdenden Wohnungen hat die BEWO-Bau organi-sierte Schlägerbanden einquartiert, um die übrigen Mieter zu vertreiben. Hausbesitzer Giese hat seinen Mietern angedroht, für jeden Tag, den sie länger im Haus bleiben würden, DM 1.000 Entschädigung zahlen zu müssen.

DER KAMPF DER MIETER WURDE DURCH DIE HAUSESETZUNG UNTERSTÜTZT!

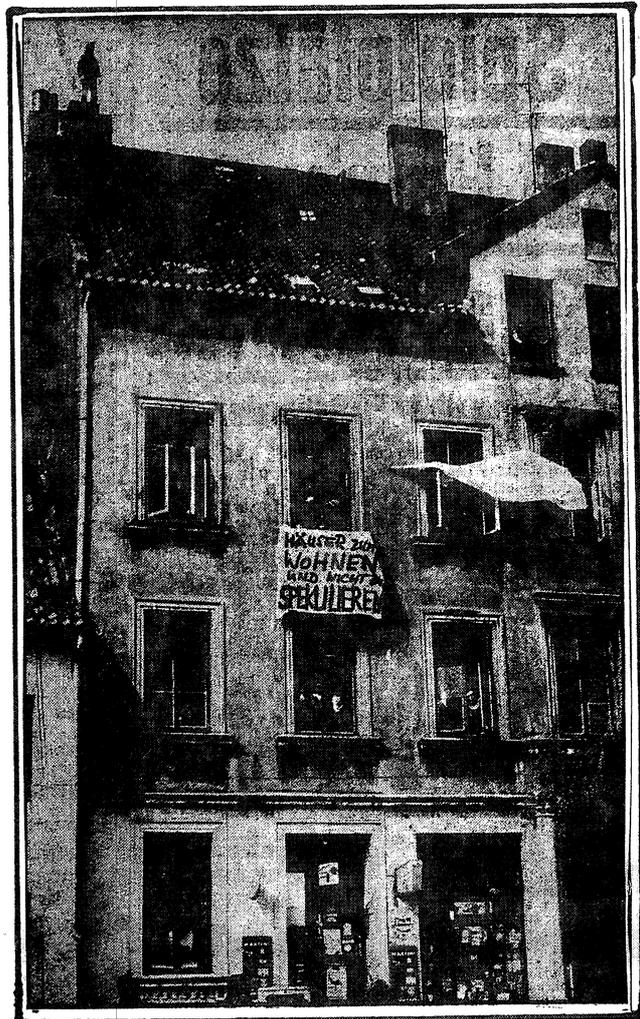
Bei den Nachbarn hat die Hausbesetzung zum größten Teil Sym- pathie ausgelöst. Die Meinung der Bevölkerung: "Das wurde auch mal Zeit, endlich mal jemand, der sich wehrt!"

Mit je dem Tag nahm die Unterstützung der Bevölkerung zu. Aus den Nachbarhäusern wurden Lebensmittel, Geschirr, Getränke, Osterker, Werkzeuge u. Baumaterial gebracht, viele Geldspenden sind eingegangen. In einigen Häusern wurden ebenfalls Transparente herausgehängt: "Wir unterstützen das Haus - Wir wollen nicht raus," und "Auch in diesem Haus stehen Wohnungen leer."

Am Ostersonntag wurde ein Fest für Kinder u. Jugendliche orga- nisiert, das Haus war voll. Viele von ihnen sind inzwischen zu ständigen Hausbesetzern geworden. Die Jugendlichen haben sich inzwischen im Haus ein provisorisches Jugendzentrum eingerichtet. Selbst die 10 - 12jährigen begreifen gut, worum es hier geht.

Am Montag gingen einzelne Gruppen durch alle Wohnungen im Block, um mit den Leuten zu sprechen, die noch nicht im Haus waren und auf der Straße noch nicht angesprochen worden waren. Ausnahmslos wurden alle reingelassen, als gesagt wurde, man käme vom besetzten Haus. Die Genossen wurden bewirtet und mit den Leuten wurde über das Haus und über ihre eigenen Wohnungs- probleme gesprochen und über die Möglichkeiten sich zu wehren. Die Genossen kamen, die Arme voll von Spenden, zum Haus zu- rück.

DAS HAUS selbst ist nicht im besten Zustand, vieles muß hier gemacht werden. Zuerst wurde eine Wand zwischen zwei Räumen herausgerissen, um einen Gemeinschaftsraum zu schaffen, in den alle hineinpassen. Die elektrische Anlage wurde repariert, die Räume gesäubert und das Haus aufgeräumt. Ein Bau-Trupp ist den ganzen Tag damit beschäftigt, Reparaturen auszuführen, damit für die Genossen eine annehmbare Wohnsituation geschaffen wird. Im "Inforaum" wird mit den Besuchern diskutiert, ihnen wird die Perspektive des Hauses aufgezeigt, man entwickelt Möglichkeiten der Zusammenarbeit und wie man den Wohnungskampf in diesem Stadtteil gemeinsam führt.



Seit Don- nerstag be- setzt: Das 130 Jahre alte Haus in der Ekhofstraße. Die BEWO-BAU will hier teure Eigentums- wohnungen bauen.

Obwohl in der Mieterinitiative Hohenfelde einige Leute (DKP) gegen das Haus hetzen, hat sich die Mieterinitiative mit dem Haus und seinen Zielen solidarisiert. Einige Genossen haben den Kontakt zur Mieterinit., ausgebaut und die Mieterinit. hat teil- weise Zugang zum Haus und zum Plenum. Gemeinsam mit ihnen wird das Vorgehen gegen die BEWO-Bau und das Verhalten gegenüber den Behörden entwickelt.

PRESSETEROR

Es war natürlich von vornherein klar, daß keinerlei Unterstützung von Seiten der bürgerlichen Presse zu erwarten war.

"Eine im ganzen Bundesgebiet organisierte Hausbesetzer-Bande," Polit-Terroristen, APO-Führer, Anarchisten und gewalttätige Splittergruppen. Springer, das Schwein, saugt sich alle Geschichten aus den Fingern - er selbst gehört zu den Leuten, die mit der Wohnungsmot von Tausenden von Hamburgern Millionen verdienen! SPRINGER hat in Hamburg ganze Straßenzüge aufgekauft, die er verkommen läßt, damit er die Abbruchgenehmigung erteilt bekommt(von seinen Freunden im Senat) und er Bürohäuser er- richten kann! Schlagzeilen, wie: "Hausbesetzer schlugen zwei Polizisten nieder" sollen dazu dienen, einen Keil zwischen die Hausbesetzer und die Bevölkerung zu treiben.

Hausbesetzung in Hamburg

HAMBURG, 24. April (FR). Eine Gruppe mit Schlagwaffen ausgerüsteter und mit schwarzen Tüchern verummumter junger Leute hat im Hamburger Stadtteil Hohenfelde ein zum Abbruch bestimmtes Wohnhaus besetzt. Eine Zwangsäumung durch die Polizei ist vorläufig nicht vorgesehen. (Siehe auch Seite 3: "Abwehr in Frank- furt: Drei Mann und ein Papier" und Bericht auf Seite 4)

Mittwoch, 25. April 1973
HAMBURGER MORGENPOST

SPD: Diese Aktionen schaden nur

WEM?



Von befreundeten Gruppen und Anwohnern werden die Jugendlichen versorgt



Junge Leute vor dem Haus Nr. 39



Ein Plakat am Nachbarhaus



Femsel-Trupp der Hausbesetzer zeichnete die Demonstration auf.

SHB/MSB-ASTA unterstützt Mietwucher u. Spekulation
 Die BEWO-Bau will vorerst nichts gegen das Haus unternehmen, um, wie sie selbst sagt, "die Stimmung nicht noch weiter anheizen." Am Donnerstag der Besetzung hat sie angeblich Verhandlungen mit dem Hamburger ASTA aufgenommen, um die Räume Studenten zur Verfügung zu stellen. Das heißt, daß der ASTA dafür sorgt, daß leerstehende Häuser, die momentan noch nicht abgerissen werden, bis zum letzten Tag Profit abwerfen. Die Studenten bekommen Mietverträge mit 4-wöchiger Kündigungsfrist. Danach werden sie rausgeschmissen. Für abbruchreife Wohnungen werden Wuchermieten verlangt.

DER SPD-SENAT will der BEWO-Bau die Abbruchgenehmigung nur erteilen, wenn auch mindestens "100 Sozialwohnungen" gebaut werden. So will die SPD ihr Gewissen beruhigen und die Bevölkerung einlullen. "Schaut mal her, wie sozial wir sind."

DIE BULLEN TERRORISIEREN DEN GANZEN STADTTTEIL
 Nachdem die Bullen am ersten Tag sich ziemlich ruhig verhielten, haben sie am Freitag damit begonnen, mit ihren Wagen ständig das Haus und den ganzen Block zu umkreisen. An allen Straßenecken stehen ständig Bullenwagen, die jede Bewegung am Haus beobachten. Den ganzen Tag über wird das Haus von Zivil-Bullen belagert, die jeden, der sich unmaskiert zeigt, fotografieren. Von einem Polizeihochhaus aus sind ständig Monitore auf das Haus gerichtet.

Auf der Straße vor dem Haus wurde von einem Mädchen der Ausweis verlangt - die hatte keinen dabei und ist weggelaufen. Daraufhin wurden zwei andere Mädchen, die dabei standen, festgenommen, mit vorgehaltenen Pistolen und mit Gummiknüppeln in den Wagen hineingeknüppelt. Von da ab konnte niemand mehr auf der Straße sicher sein. Das Polizeiaufgebot wurde durch Mannschaftswagen verstärkt, die jeden verhafteten, der nur irgendwie nach Hausbesetzer aussah. Gruppen, die sich gebildet hatten, um andere zur U-Bahn zu begleiten, wurden von Bullen-Horden zusammengetrieben und in die Gefängniswagen geknüppelt.

In den Wagen und auf den Wachen wurden Genossen zusammengeschlagen und gewaltsam zur erkennungsdienstlichen Behandlung gezwungen. So wollen die Bullen-Schweine die Verteidigung des Hauses schwächen und all die in den Griff bekommen, die zu den politisch aktivsten Gruppen gehören. Außerdem wissen sie nicht, ob oder ob überhaupt organisierte Gruppen an der Besetzung teilnehmen. Über Lautsprecher riefen sie: "Wir wollen Euer Blut!" Das war ihr Kommentar, nachdem sie versucht hatten, einige Genossen mit ihren Wagen zu überfahren.

ABER DIE HAUSEBESETZUNG GEHT WEITER!!!!

Darauf ist man vorbereitet, damit wurde gerechnet. Die Renovierung des Hauses geht weiter, die Verteidigungsbereitschaft ist nicht geschwächt worden, die Agitation im Stadtteil wird fortgesetzt, die Stimmung ist gut. Ideologische Differenzen wurden durch die praktische Zusammenarbeit überwunden. Führungsansprüche sind trotz der Vielfalt der Gruppierungen nicht angemeldet worden!

DER HAUSERKAMPF HAT ERST BEGONNEN

UNTERSTÜTZT DIE HAUSEBESETZER! SPENDET!
 Spendenkonto der RH-Hamburg, Kennwort Ekhofstraße!
 Dresdner Bank Hamburg, 84539333 Rote Hilfe

BESETZT HÄUSER — ZAHLT DIE MIETEN NICHT

Schon 26 Festnahmen in Hohenfelde

Von Jürgen Brockmann und Walter Fischer (Fotos)

Hamburg — In einer Blitzaktion nahm die Polizei gestern nacht 19 junge Leute am Mühlentempel in Hohenfelde fest. Die Gruppe gehört zu den Besetzern des Hauses an der Ekhofstraße. Sie hatte für einige Jugendliche auf dem Weg zur U-Bahn-Station Lübecker Tor Begleitschutz gebildet, weil die Polizei am Ostermontag dazu übergegangen war, Angehörige der gegen "Mietwucher und Spekulantentum" Protestierenden außerhalb des besetzten Hauses einzeln festzunehmen. "Wegzubeheln", wie es im Polizeijargon heißt.

Die meisten sind Hamburger. Einige sind aus Schweden, Dänemark, Holland und Belgien. Sie sind nicht nur vor der Polizei...



Mehrere Beamte schleifen einen der Hausbesetzer an den Haaren in den Mannschaftswagen.



"Sonnenbad" der Radikalen: Am Ostermontag räumten sich die Besetzer friedlich auf der Treppe.

**Chef der Polit-Rocker:
 Der „Doktor“ mit
 der schwarzen Maske**

rud. Hamburg, 24. April
 Ein Mann in Schwarz regiert die Polit-Rocker, die seit Tagen das Wohnhaus Ekhofstraße 39 in Hamburg-Winterhude besetzt halten. Der etwa 50 Jahre alte Mann trägt eine schwarze Cordhose, eine schwarze Lederjacke und ist mit einem schwarzen Tuch maskiert. Seine Komplizen nennen ihn „Doktor“.
 Der Hausbesetzer-Trupp des „Doktors“ wird immer brutaler. In der Nacht zum Ostermontag überließen die maskierten Radikalen mit Knüppeln einen Funkstreifenwagen der Polizei.
 In der Nähe des besetzten Hauses wurde ein Mann festgenommen, der eine große Schleuder und schwere Bleikugeln transportierte. Ein Sprecher der Polizei jedoch: „Wir lassen uns nicht provozieren. Die Besetzung kann monatelang dauern.“
 Bei einer Räumung des Gebäudes durch die Polizei wollen die Radikalen erbitterten Widerstand leisten. Sie haben nachts mehrere Kammer mit einer brennbaren Flüssigkeit in das Wohnhaus getragen. Hinter den Fenstern sind Mauersteine, mit Nägeln durchschlagene Latten und Molotow-Cocktails gelagert, hat die Polizei festgestellt.
 Ständig umkreisen mehrere Motorräder und Autos der Hausbesetzer den Altbau-Komplex.
 Zu Ostern hatten die Hausbesetzer ihre Nachbarn zu einem „Solidaritätstest“ eingeladen. Doch niemand kam.
 Gestern nachmittag kam es zu einer Schlägerei, als Polizeibeamte einige Hausbesetzer daran hindern wollten, mit Farbe Hauswände in der Umgebung zu beschmieren. Die Beamten nahmen zwei Jugendliche fest.



Diese Waffen nahm die Polizei den Festgenommenen ab.



Die erste Konfrontation in der Nacht zum Dienstag: Die Stimmung in der Ekhofstraße hat aggressiv und gereizt.

„Wir wollen kein linkes Getto“

Von Gertrude Schönfeld

Hamburg — Die MORGENPOST fragte die Hausbesetzer: Warum haben Sie das Haus besetzt?
 Uns den Spekulanten der BEWOBAU einen Riegel vorschieben. Und um der Bevölkerung zu zeigen, wie man sich dagegen wehrt.
 Wie reagiert die Bevölkerung? Positiv. Sie hat auch Verständnis für die militante Form, die wir gewählt haben. Die Leute haben uns geholfen. Nicht nur durch Spenden, sondern durch Lebensmittel, Getränke, Baumaterial und Geld.
 Wer entscheidet bei Ihnen?

Keine einzelnen Führer oder reisende Polli-Terroristen, sondern die Vollversammlung der Hausbesetzer: Leute, die das Haus verteidigen, wenn es angegriffen wird — und die auch weiterhin am Haus und in diesem Stadtteil mitarbeiten werden.
 Was soll mit dem Haus geschehen?
 Es soll für alle da sein. Für Jugendliche, für Gastarbeiter, für entlassene Strafgefangene. Wir wollen hier kein linkes Getto schaffen.
 Was haben Sie bisher im Haus getan?
 Entrümpelt und Räume bewohnbar gemacht, elektrische Lei-

tungen repariert und einen Gemeinschaftsraum eingerichtet.
 Wer bezahlt das?
 Wir und die Bevölkerung durch Spenden.
 Wie verhält sich die Polizei Ihnen gegenüber?
 Da eine Hausbesetzung an sich nicht kriminell ist — das zeigt die Reaktion der Bevölkerung — versucht die Polizei nun, uns in der Öffentlichkeit als Kriminelle darzustellen. Wir haben keine Polizisten verprügelt. Aber die Polizisten haben uns verprügelt, festgenommen und mit Pistolen bedroht.
 Was passiert, wenn die Polizei das Haus zwangsrumen läßt?
 Das soll sie mal versuchen.



WEISSBECKER-HAUS BERLIN WILHELMSTR.

Im DRUGSTOR, einem Jugendclub in der Potsdamerstr. 180, hielten sich oft Trebegänger auf, ehemalige Knastleute und Leute, die es zu Hause nicht mehr aushielten. Mit der Zeit lernten wir uns kennen, sprachen über unsere beschissene Situation. Wir hatten eingeschaut, daß wir als einzelne nichts ausrichten können; deshalb haben wir uns zu einer Gruppe zusammengeslossen, um unsere Probleme gemeinsam zu lösen. ALS ERSTES BRAUCHTEN WIR WOHNUNGEN!!!

Die Senatsbürokraten Reichel, Hütte, Barasch und Co. mußten zugeben, wie dringlich das Treberproblem in Berlin ist: laut Senatsbericht wird die Zahl auf 2000 geschätzt.

Aber nicht einmal bei uns 70 Leuten war der Senat in der Lage, eine Lösung zu bieten.

Wir hatten schon bald mehrere leerstehende Häuser, die noch gut erhalten waren, entdeckt. Aber für jedes Haus fand sich plötzlich ein wichtiger Interessent, was sich aber bei näherer Überprüfung meist als Vorwand herausstellte. Nach fünfmonatigem Papierkrieg hatten wir die Schnauze voll!!!

Einzelne von uns hatten versucht, an Wohnungen und Zimmer ranzukommen, aber ohne Papiere und Arbeit war es unmöglich. Wir hatten fast alle ein kaputtes Elternhaus, waren in Heimen aufgewachsen oder kamen aus dem Knast; daraus ergaben sich Schwierigkeiten (Vorurteile), woran der einzelne bei der Wohnungssuche scheiterte.

Als wir einsehen mußten, daß wir trotz Anschreiben aller Makler Berlins nichts erreichen konnten, stellten wir beim Senat den Antrag auf ein Haus.

Wir besetzten den DRUGSTORE! Durch eine große Öffentlichkeitskampagne mit Presse, Fernsehen, Rundfunk und Flugblattaktionen war der Senat gezwungen, mit uns zu verhandeln. IN DER WILHELMSTR. 9 stand seit geraumer Zeit ein Haus leer, an dem wir schon seit September '72 interessiert waren. Der Senat erfand alle möglichen Gründe, um uns von der Wilhelmstr. abzubringen. Immer wieder wurden plötzlich andere mögliche Mieter vorgeschoben, z.B. Drogen-Info, Release, AWO. Der Senat schob den "Berliner Jugendclub e.V." als Hauptmieter vor, der sich verpflichten mußte, kein selbstorganisiertes Treberprojekt aufzunehmen. Denn (die wörtliche Begründung vom Bezirksamt Kreuzberg):

"DAS G. v. RAUCH-HAUS (in Bethanien) KOSTET UNS SCHON GENUG BEAMTE! KREUZBERG HAT VON ALLEM WAS NACH SELBSTORGANISATION VON JUGENDLICHEN RIECHT, ENTGÜLTIG DIE SCHNAUZE VOLL!"

Da aber die Situation im Drugstore nunmehr auf eine Besetzung hinauslief und die Öffentlichkeit sehr gut informiert war, befand sich der Senat in einer Zwickmühle, sodaß er das sinnlos leerstehende Haus vor der Öffentlichkeit nicht mehr vertreten konnte. Am 2.3. konnten wir nach vierstündiger Verhandlung einen vorläufigen Nutzungsvertrag (bis zum 31.6.) herausholen. Unter der katastrophalen Situation im Drugstore (unzureichende sanitäre Anlagen, Platzmangel, Krankheitsfälle) mußten wir diesen Vertrag akzeptieren, obwohl uns darin nur die Nutzung der beiden ersten Etagen des Hauses gestattet wird. Aber von hier aus haben wir eine bessere Ausgangsbasis, unsere Schwierigkeiten zu bewältigen.

DIE 3. UND 4. ETAGE, um unsere überfüllten Zimmer leerer zu machen!

Am 3.3. zogen wir zu 70 in die Wilhelmstr. ein. Nach und nach bauten wir die Anfangsschwierigkeiten ab. Wir besorgten uns Papiere, Schulplätze und die ersten fingen an zu arbeiten. Für die Übergangszeit erhielten wir eine Unterstützung von 5 DM pro Person zur Verpflegung. Wir waren uns von Anfang an darüber im Klaren, daß die Versorgungssituation nur eine Übergangslösung sein konnte.

DIE SENATSBÜROKRATEN LASSEN NICHT LOCKER:

Selbst jetzt, wo wir den vorläufigen Nutzungsvertrag haben, versucht der Senat, uns aus dem Haus zu ekeln.



HIER
WOHNEN
WIR

Das Bezirksamt Kreuzberg gibt die 3. und 4. Etage nicht frei mit dem Argument: "Erst muß es in Eurem Haus mal anständig zugehen." Die meisten Zimmer sind also überbelegt, wodurch unser Zusammenleben erheblich erschwert wird. Zwar machte der Senat unter dem Druck der Öffentlichkeit mit uns einen vorläufigen Nutzungsvertrag über die erste und zweite Etage, aber hinter unserem Rücken gab er der AWO Zusagen für die Nutzung dieser beiden Etagen (Schularbeitshilfe und Beratungsstelle für Gastarbeiterkinder). Wir halten es auch für unbedingt notwendig, daß den Gastarbeiterkindern bei ihren Problemen geholfen wird. Das Problem der Trebegänger und der Gastarbeiterkinder kann man aber nicht in einem Haus lösen! Denn dann würden wir uns gegenseitig bei unserer Arbeit behindern. In Kreuzberg sind genügend Räume ungenutzt. Darum fordern wir: GEEIGNETE RÄUME FÜR DAS PROJEKT DER ARBEITERWOHLFAHRT, um den Streit endlich zu beenden.

Bis jetzt schickte uns Neubauer 1x Zivilbullens ins Haus. 2x überfielen die Bullen mit 2 Hundertschaften unter Vorwänden unser Haus. Jedesmal mußten sie erfolglos wieder abziehen.

Wir haben durch unser Haus für uns zwar die Voraussetzung geschaffen, um unsere Probleme besser lösen zu können. Doch die Situation der anderen Treber hat sich dadurch nicht geändert.

Solange Lehrlinge nur billige Arbeitskräfte sind, solange unsere Eltern auf der Arbeit kaputt gemacht werden und die Familien in ihren teuren Wohnungen mit ihren Kindern nicht mehr fertig werden, wird es immer wieder Treber geben! Die Jugendlichen werden in Heimen und im Knast immer unfähiger gemacht, ihre Probleme selbständig zu lösen. DARUM MÜSSEN WIR UNS SELBST HELFEN!!!

WENN WIR UNS NICHT LÄNGER KAPUTT MACHEN LASSEN WOLLEN, MÜSSEN WIR DIE SITUATION IN DEN FAMILIEN, SCHULEN, HEIMEN, KNAST UND BETRIEBEN VERÄNDERN!!!!!! DAS MÜSSEN WIR GEMEINSAM MACHEN!

"Wohnraumbeschaffung"

wir haben uns zusammengesetzt und überlegt, wie wir zu Wohnungen kommen können. Einigen von uns waren die Wohnungen gekündigt worden, anderen waren sie zu teuer geworden. Wir überlegten und fanden schließlich drei leerstehende Häuser in der Wiehbergstrasse. Wir erkundigten uns und fanden schließlich heraus, daß sie der Neuen Heimat gehören. Die Neue Heimat hat die Grundstücke von Cloppenburg & Co. gekauft. Diese miesen Spekulanten kaufen Aktienmehrheiten von Betrieben (in diesem Fall handelte es sich um die Döhrener WOLLE und hat 15-20 Mill. gekostet), stellen die Produktion Knall und Fall ein, entlassen Arbeiter und Angestellte und verhökern nach einiger Wartezeit diese Grundstücke für horrenden Summen an Baugesellschaften. Der gewerkschaftseigene Mammutkonzern NeueHeimat kaufte die Grundstücke der ehemaligen WOLLE für 55 Mill. Die Maschinen der WOLLE wurden zusätzlich für 9 Mill. verknoppt. 900 Arbeiter saßen auf der Strasse, die werkseigenen Wohnungen wurden gekündigt. Eifrig unterstützt wurde diese Schweinerei durch den Betriebsratsvorsitzenden Erwin Richter, der von der Neuen Heimat ge-

kauft war. Er ist jetzt Boß bei der "Gesellschaft" und verwaltet die ehemaligen WOLLE -Grundstücke.

Als wir das alles rausgekriegt hatten, trommelten wir noch in derselben Nacht Leute zusammen und besetzten die Häuser.

Die Häuser sind - laut Neue Heimat - menschenunwürdig und abbruchreif. In Wirklichkeit sind sie nur abbruchreif, weil die Bonzen die Scheiben einschlagen ließen, um die Abbruchgenehmigung zu bekommen. Innen sind die Häuser noch in einem fantastischem Zustand - die zer schlagenen Fenster werden jetzt erneuert.

In der ersten Nacht kamen die Bullen, aber sie haben sich seither nicht wieder blicken lassen. Da sich die Döhrener Bevölkerung weitgehend mit uns solidarisiert, werden sie so schnell unsere Häuser nicht räumen lassen können. Die Anwohner der Wiehbergstrasse besuchen uns ständig, um sich zu informieren oder um uns Informationen über die Geschehnisse in der ehem. WOLLE oder sogar über leerstehende Häuser in der Umgebung zu bringen. Sie backen Kuchen und in den Geschäften gaben sie uns in der ersten Zeit Kredite. Ein Glaser

gab uns zu stark verbilligten Preisen Glas für unsere Fenster, gab uns Ratschläge, wie man die Fenster einsetzen sollte und zum Schluß gabs noch einen Pott Kitt umsonst.

Auf dem Kinderfest, das in der letzten Woche stattfand waren viele Eltern, die sich über den Zustand der Häuser informierten und ihren Unmut über die Mächenschaften der Neuen Heimat frei herausließen.

Wir wollen in nächster Zeit einen Abenteuer-spielplatz mit den Kindern bauen. In den Gärten der Häuser ist massenhaft Platz für solche Projekte vorhanden.

Wir fordern von der Stadt und von der Neuen Heimat:

- mit uns sofort in Verhandlungen zu treten
- den Abbruch der gut erhaltenen Häuser zu verhindern
- die normale Versorgung mit Strom, Wasser und Gas wieder aufzunehmen

Offenlegung sämtlicher Kündigungstermine und deren Rücknahme im Stadtteil Döhren/Wülfel. Keine neuen Kündigungen!!

Wir haben die Häuser notdürftig in Stand gesetzt und teilweise auch schon mit Strom und Wasser versorgt.

Die Erfahrung zeigt:

wir müssen uns nehmen, was wir brauchen !!

Hannover:

PROZESSE GEGEN HAUSBESETZER

In Hannover soll den Besetzern und Verteidigern des ersten unabhängigen Jugendzentrums (Arndtstraße) der Prozeß gemacht werden.

Aus der Menge der 108 Leute, die sich im Dezember 1971 gegen den Nacht- und Nebelüberfall der Bullen gewehrt haben und dabei verhaftet wurden, werden einzelne herausgepickt und aufgrund wackliger Bullenaussagen, die den und den steineschmeißernde erkannt haben wollen, wegen Widerstand und versuchtem Totschlag angeklagt.

Wir alle kennen genug Beispiele nicht nur dafür, wie die Justiz sich einen abbricht,

um politische Handlungen in Straftatbestände aufzulösen, sondern auch für die Widersprüchlichkeit auf der juristischen Ebene selbst, Beispiele für konstruierte Anklagen, Willkür und Ungereimtheiten, wie sie jeden Tag gerade da zu sehen sind, wo niemand ihr Treiben stört. Das aber ist das schmutzige Geschäft der Justiz, nicht unseres.

Ob jemand bei der Verteidigung unseres Jugendzentrums wann, wo, auf wen einen Stein geschmissen hat, ist eine total bornierte Frage, solange wir nicht über diese Verteidigung als ganzes reden, mit ihren

Ursachen und Folgen

Vor allem müssen wir darüber reden, warum dem Typen (Hausbesitzer) denn überhaupt so viel an diesem Haus lag, daß er es gegen eine kleine Bürgerkriegsarmee verteidigt hat. Genau genommen interessiert uns diese Frage nur soweit, wie wir von den überlegenen Machtmitteln des Staates gezwungen werden, uns auf diese Auseinandersetzung einzulassen, dadurch, daß sich ein einzelner auf Dauer nicht der staatlichen Verfolgung entziehen kann.

Interessieren tut uns etwas anderes:



Räumung: Panzerwagen gegen "kleine Bürgerkriegsarmee"

der Versuch, die Arndtstraßen-Aktion in Straftaten aufzuschlüsseln, läuft darauf hinaus, die Methoden von den Inhalten abzuheben, so als käme es darauf an, ob man verhandelt oder ob man ein Haus besetzt, ob man sich raustragen läßt oder ob man sich wehrt.

Sicher, über die Forderungen der Jugendlichen kann man reden, sie mögen auch berechtigt sein, aber Steine schmeißen - wer tut denn so was?!

So als könnten wir im luftleeren Raum entscheiden, wie wir unsere Bedürfnisse umsetzen. Man kann vieles machen: verhandeln, besetzen, Steine schmeißen; wichtig ist, daß wir auf ein Prinzip nicht verzichten: auf unsere Unabhängigkeit, darauf, daß wir unsere Bedürfnisse nur unter Ausschluß und gegen staatliche Kontrolle artikulieren können, daß unsere Wünsche und unsere Probleme nur uns etwas angehen, und darauf, daß wir unsere Interessen auch autonom durchsetzen.

Das ist der springende Punkt, wo die Sache für den Gegner nicht mehr tragbar wird.

Entweder versuchen sie, uns die Autonomie abzukaufen, oder sie hauen halt drauf - wie

das dann konkret aussieht, ist eine Frage des taktischen Kalküls. Nicht von ungefähr bilden Arndtstraßen-Prozesse in Hannover den Hintergrund für massive Integrationsversuche - die Beschwichtigung läuft nur auf der Grundlage der Einschüchterung.

Die Tatsache, daß es überhaupt Prozesse wegen der Arndtstraßen-Aktion gibt, ist eine Unverschämtheit, weil sie sich gegen die Autonomie unserer Interessen und ihrer Durchsetzung richtet.

Am 26. 3. ist ein Termin gegen drei Leute geplatzt.

Am 27. 3. sollte gegen einen weiteren Genossen verhandelt werden, ebenfalls wegen der Schmeißerei. Das haben wir dadurch verhindert, daß wir den "Angeklagten" nicht ins Gerichtsgebäude ließen und ihn auf einer Demo durch die Stadt mitnahmen.

WIR ERKENNEN DIESE PROZESSE NICHT AN !!

Sollten sie doch eines Tages stattfinden, dann durch die staatliche Repression erzwungen. Weil diese Prozeßfrage aber nicht zu trennen ist von dem Kampf um die Unabhängigkeit der Jugendzentren, ist das auch eine Sache, die nicht nur die hannoversche Situation allein betrifft. Wir müssen dafür sorgen, daß nicht über irgendwelche Anklagepunkte, sondern über die Interessen der Jugendlichen gesprochen wird und über die Möglichkeiten ihrer Durchsetzung, und zwar überall, wo es Initiativen in dieser Richtung gibt.

Wir denken an einen gemeinsamen Aktionstag in etwa 2 Monaten, wo z. B. in mehreren Städten Demonstrationen für unabhängige Jugendzentren stattfinden können, bezogen auf die jeweilige spezielle Situation, aber unter der gleichen Thematik, weil es überall um die Autonomie unserer Bewegung geht, und weil durch eine derartige Aktion für viele Initiativgruppen erst die autonome Durchsetzung ihrer Interessen möglich werden kann.

Wohnkultur für Ausländer

BERICHT ÜBER AUSLÄNDERWOHNHEIME IN BERLIN VON ZWEI DETEWE - ARBEITERINNEN

das ausländische frauen-wohnheim nollendorfstr. 21a gehört Alfred Kübler. De Te We mietete von sechs stockwerken fünf mit rund 150 zimmern und 450 betten.

die ausländischen kolleginnen, jugoslawinnen und türkinen hatten keinen direkten mietvertrag, aber im arbeitsvertrag mit De Te We steht, daß die De Te We monatlich 60,--DM pro bett vom lohn abzieht und an Kübler zahlt. das gilt rechtlich als mietvertrag.

zuständig aus unserem betrieb war frau Grottko aus der ausländerkommission unseres betriebsrates sie sollte darauf achten, daß im wohnheim alles richtig läuft. wenn kolleginnen krank waren, war sie gleich zur stelle, um zu kontrollieren, ob die frauen in ihren betten lagen; krankgemeldeten kolleginnen wurde auch schon die zahlung von krankengeld verweigert, weil frau Grottko die frauen nicht in ihrem bett angetroffen hatte.

im sommer nagelte sie die fenster einfach zu, weil ein paar frauen vom fenster aus mit männern auf der strasse sprachen (männerbesuch war nicht gestattet). und das bei 40 grad hitze und zum teil vier leuten im zimmer. die fenster wurden erst wieder geöffnet, als im tagespiegel artikel über diese gemeinheit standen. außerdem war das gesundheitsamt eingeschritten.

wenn eine frau die hausordnung mal verletzt hatte, wurde sie oft ohne verwarnung innerhalb einer halben stunde rausgesetzt, was das gerade bei einer ausländerin bedeutet, braucht wohl nicht gesagt zu werden. - außerdem gab frau Grottko dem hausbesitzer Kübler die erlaubnis im heim zu "walten", wenn sie nicht selber anwesend war.

da es im heim keine waschküche gab, die gesetzlich vorgeschrieben ist, kochten die frauen ihre wäsche in der küche. Kübler schmis in mehreren fällen die wäsche einfach auf den hof mit der bemerkung: "in deutschland braucht man seine wäsche nicht zu kochen, unsere waschmittel sind so gut, daß einweichen genügt." das war nur eins von den beispielen.

am 1.märz ging kübler rum und kassierte von den frauen 130,-- DM (bisher 65,-- von den kolleginnen und 65,-- von der firma). als kolleginnen sich beim betriebsrat erkundigten, was das soll, wußte der betriebsrat von nichts. zwei tage später verteilte die geschäftsleitung die mitteilung, daß sie inzwischen zum 28.februar kübler gegenüber gekündigt hätten, daß die kolleginnen ab jetzt das doppelte an miete zu zahlen hätten, aber weiter im heim bleiben dürften. das ganze ohne unterschrift und stempel. (die jahresarbeitsverträge, die normalerweise mit ausländischen arbeitnehmern geschlossen werden, waren inzwischen alle in "normal"-arbeitsverträge umgewandelt, was bedeutet, daß die firma nicht mehr für die beschaffung einer unterkunft für die ausländischen arbeiter verpflichtet ist.)

am 21.märz kam kübler in den 5. und 6.stock und sagte den frauen, daß sie innerhalb einer halben stunde in die unteren stockwerke ziehen müßten, mit allem, was sie haben, anschließend würde er den strom abstellen und die türen zuschließen. drei frauen weigerten sich, weil in dem arbeitsvertrag auch steht, daß man ein bett in einem bestimmten zimmer gemietet hat. diesen drei wurden in der nacht von samstag zu sonntag die flurtür zu ihren zimmern abgeschlossen, sie mußten bei kolleginnen außerhalb des heims übernachten.

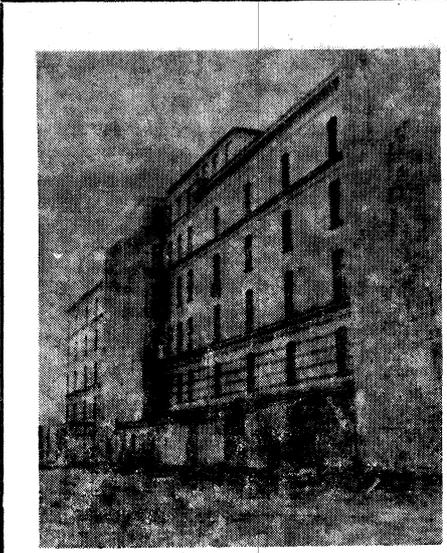
abteilung der geschäftsleitung anwesend. der betriebsrat sagte, er sei nicht zuständig, weil De Te We gekündigt hätte, der direktor und der von der rechtsabteilung wollten eine einstweilige verfügung gegen kübler machen. außerdem wurde den kolleginnen versichert, daß sie noch einen monat länger im haus bleiben könnten. die einstweilige verfügung wurde nicht gemacht, denn der direktor einigte sich mit kübler, daß die zimmer abgeschlossen wurden. den drei kolleginnen wurde befohlen, daß sie sofort nach unten umzuziehen hätten. denn De Te We sei mit der umsetzung einverstanden. die kolleginnen hatten sich also auf einen monat länger zum suchen eingerichtet, obwohl sie überhaupt nicht schriftlich gekündigt waren.



REICHPIETSCHUFER 50

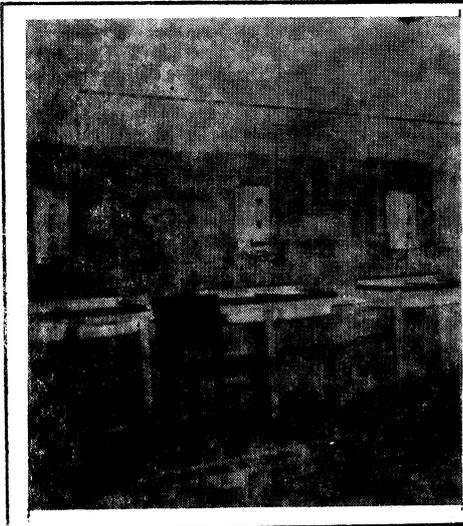
kübler ging anschließend bei den frauen rum und erklärte ihnen, daß sie am 1.april doch rausmüßten! in der zweiten märzwoche fand im heim eine versammlung statt mit dem direktor von De Te We, einer Dolmetscherin des betriebs und kübler. es wurde gesagt, daß die firma doch bereit sei, noch für märz zu zahlen (nach dem quasi mietvertrag müßte sie es bis heute), daß aber die leute bis zum 1.april raus müßten, sie könnten sich ja privat was suchen, oder die firma und kübler würden versuchen, in anderen heimen platz zu finden. die frauen für andere heime (das waren viele, da privat unterzukommen oft unmöglich ist bzw. eine längere zeit zum suchen braucht) mußten sich sofort melden, ohne das heim gesehen zu haben oder den bettpreis zu wissen.

am 28.märz ging kübler durch die stockwerke und sagte allen frauen, daß sie innerhalb einer halben stunde mit sack und pack unten zu sein hätten. ein lastwagen zum umzug ins Reichpietschufer nr. 50 stände bereit. den frauen, die gerade beim essen waren, warf er das essen aus dem fenster "ich habe nicht genug zeit um mit dem umzug zu warten, bis ihr aufgeessen habt."



das Grundstück Reichpietschufer gehört der BRD vertreten durch Vermögensamt der Oberfinanzdirektion.

am montag gingen etwa zwanzig kolleginnen aus dem heim zum betriebsrat, um sich zu beschweren weil ja De Te We an sich noch zuständig ist. dort war auch ein direktor und einer von der rechts



bis auf den ersten stock sind jetzt alle frauen draußen. warum haben sich die frauen das gefallen lassen? einmal sind sie nichts anderes gewohnt als herumgeschubst zu werden, zum anderen aber ist kübler auch handgreiflich geworden: als eine frau sagte, sie wolle nicht in das rattenloch Reichspietschufer, privat habe sie auch nichts und auf der strasse wolle sie nicht bleiben, da hat er sie geohrfeigt. außerdem war von dieser sache der betriebsrat, die rechtsabteilung der IG Metall, das jugoslawische konsulat unterrichtet - ohne etwas zu unternehmen !!



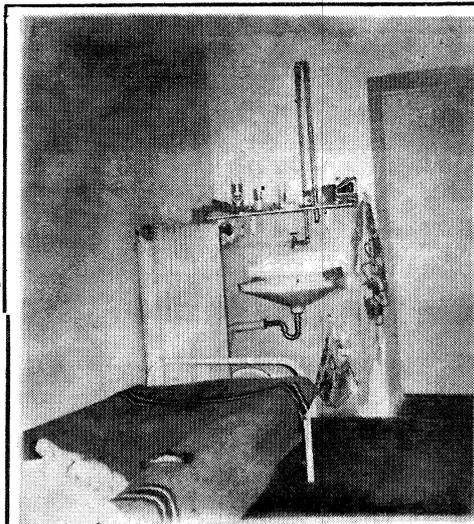
im reichspietschufer sind vielleicht 700 ausländer "untergebracht". jugoslawen, türken, griechen, rumänen, araber, italienen, usw. (männer, frauen und kinder). wir wissen bis jetzt folgende firmen: Solex, Bosch, De Te We, Grundig, Loewe Opta, Phillips, Siemens. das Reichspietschufer ist so schlimm, daß man es sich am besten selber ansieht und mit den kollegen redet, man kann es schwer schildern. wenn man die vorschrift der BRD über wohnheime kennt, muß man sich wundern, daß so ein heim besteht.



man kann sich kaum vorstellen, daß leute so leben können, vor allem, weil die hygienischen sachen mehr als schlimm sind: als dem fußboden im vierten stock in der küche wächst beinahe schimmel und pilz. die toiletten sind so schlimm, daß die frauen nicht raufgehen mögen, weil sie angst vor krankheit haben.

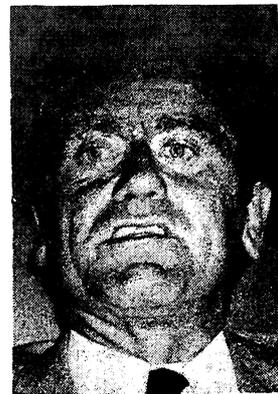


die duschen sehen schlimmer aus als beim Bund oder was man sonst gesehen hat. die zimmer sind klein, im vierten stock zwei eisenbetten im zimmer, kein warmer fußboden, bis vor einer woche keine gardinen. gardinen hat man jetzt rangebracht, weil jemand vom betriebsrat da gewesen ist. aber die fetzen sind aus einem flügel, wo nur lumpen bis jetzt drin waren und das ungeziefer nur so kroch. wir haben gesehen, wie die gardinen direkt von dort in die zimmer gebracht wurden, während vor den lumpenzimmern wieder neue ausländerinnen mit koffern standen und noch am gleichen tag einzogen.



Die Miete kostet pro Bett 100 DM und 50 DM als Kautiön.

Leiche geländet :



Gestern in den späten Nachmittagsstunden wurde in München in Höhe der Maximiliansbrücke eine unbekante Leiche geländet. Spielende Kinder entdeckten die Wasserleiche und verständigten die Polizei. An der Leiche wurden Spuren entdeckt, die auf einen gewaltsamen Tod der unbekanten Person hindeuten könnten. Bis Redaktionsschluß war die Obduktion noch nicht abgeschlossen. Bei der Leiche wurden keinerlei Ausweispapiere gefunden, so daß die Identifizierung schwer sein dürfte. Die Polizei bittet deshalb die Bevölkerung um Mitarbeit. Sachdienliche Hinweise richten Sie bitte an den Polizeipräsidenten von München: Manfred Schreiber. Eine Belohnung wurde nicht in Aussicht gestellt.

HUNGERSTREIK FÜR S E X !

TURIN, 11. April (Reuter). Ihrer Forderung nach normalem Geschlechtsleben während der Haft haben am Dienstag fast alle der rund 1000 Strafgefangenen im größten Gefängnis der italienischen Stadt Turin mit einem Hungerstreik Nachdruck verliehen. Nach Auskunft der Polizei forderten sie außerdem die Abschaffung der Briefzensur.

„KPD“-Mitglieder angeklagt

HAMM, 4. Mai (ddp). Zwei Mitglieder der maoistisch ausgerichteten Kommunistischen Partei Deutschland (KPD) sind wegen „Verunglimpfung des Staates“ und der „Beteiligung als Rädelsführer an einer kriminellen Vereinigung“ unter Anklage gestellt worden.

PROZESSE

BERLIN:

Strafkammer Moabit gegen Irene Goergens, Brigitte Asdonk, Monika Berberich, Ingrid Schubert, Eric Grusdat, Hans J. Becker:
Di. + Fr. 9.30 Uhr Saal 700

Schwurgericht i. Moabit gegen Dieter Kunzelmann
Mo. + Mi. 9.00 Uhr Saal 700

Landgericht KARLSRUHE:

Ab 8.5. gegen die sechs Angeklagten vom SPK, die beim 1. Prozess nicht erschienen sind, und gegen Carmen Roll.

HERAUS ZUM 1. MAI...

*Kinder spielten
im Ossietzky-Park
(Moabit)*

EBENSO LIEFEN SELBSTORGANISIERTE KINDERFESTE AUF DEM MARIANNENPLATZ [DIESMAL EIN ETABLIERTER RÜHMEL DER LINKEN SCHICKERIA] IN DER WILHELMSTR. (BEIDES KREUZBERG), AUF DEM HERZBERGPLATZ (NEUKÖLLN), SEHR DUFT, AUF DEM FALKENHAGENER FELD (SPANDAU)... WIR HABEN ERST ANGEFANGEN!



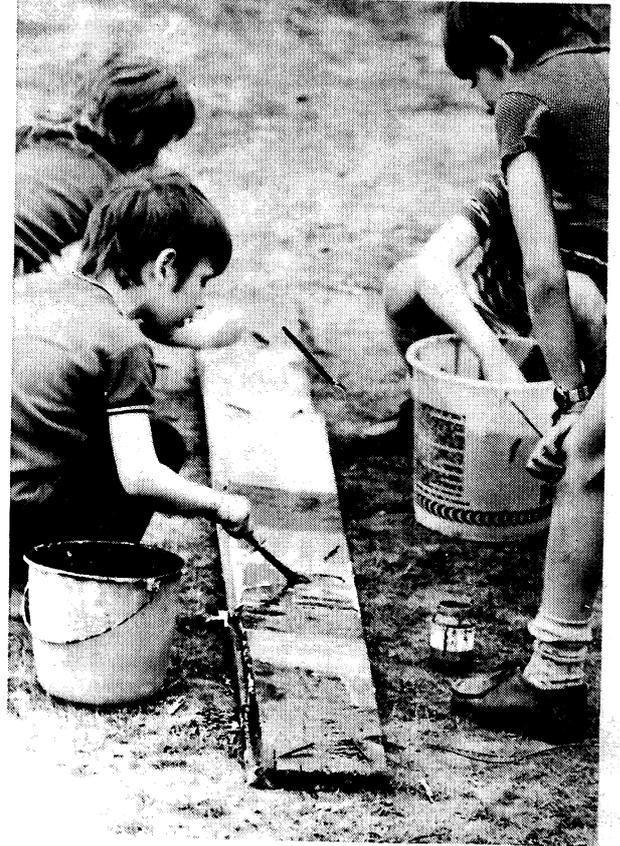
PAPIERTIGER



MÖTTERLICHE AUFSICHT



ROLLENSPIEL



SPASS BEIM MALEN



POLITISCHE INFORMATIONEN